Verhandlungen und Beschlüsse

des

Internationalen Sozialistischen

Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses

zu

London

vom 27. Juli bis 1. August 1896.

Verhandlungen und Beschlüsse

des

Internationalen Sozialistischen Arbeiter- und Gewerkschafts-Kongresses

zu

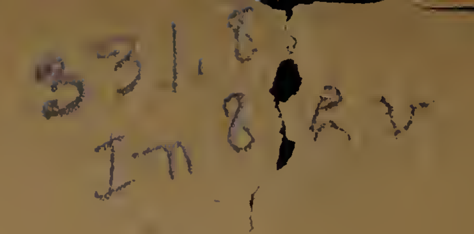
London

vom 27. Juli bis 1. August 1896.

Berlin 1896.

Verlag: Expedition der Buchhandlung Vorwärts

(Th. Glocke in Berlin).



Wir übergeben hiermit den Parteigenossen eine Zusammenstellung der Verhandlungen und Beschlüsse des Londoner Kongresses nach den Berichten der Tagespresse. Wir glauben damit dem Wunsche weiter Parteikreise entgegenzukommen, die es immer als einen bedauerlichen Mangel empfunden haben, daß die offiziellen Protokolle der Internationalen Kongresse so spät erscheinen und vermöge ihres Umfanges auch im Preise so hoch zu stehen kommen, daß die Verbreitung in den Arbeiterkreisen deshalb nur eine sehr beschränkte sein konnte, während doch die Verhandlungen und Beschlüsse des Kongresses gerade in den Arbeiterkreisen allgemein bekannt und beachtet werden sollen.

Der Internationale Sozialistische Arbeiter- und Gewerkschaftskongreß war einberufen auf Montag den 27. Juli 1896 in die St. Martin's Town Hall, Charring Croß Road. Infolge der über alles Erwarten großen Zahl der Delegirten mußte in letzter Stunde dieses Lokal vertauscht werden mit dem großen Musiksaal der Queen's Hall.

Bereits im März hatte das Organisationskomité, das aus Vertretern der verschiedenen englischen sozialistischen und Gewerkschaftsorganisationen zusammengesetzt war, einen Aufruf erlassen zur Anmeldung der Delegirten und zur Einsendung etwaiger Anträge. Neben der provisorischen Geschäfts- und Tages-Ordnung wurden folgende vom Züricher Kongreß festgesetzten Zulassungsbedingungen zum Kongreß veröffentlicht:

„Zugelassen zum Kongreß werden alle Arbeiter-Gewerkschaften, sowie alle die sozialistischen Parteien und Verbindungen, welche die Nothwendigkeit der Arbeiter-Organisation und der politischen Aktion anerkennen."

„Unter politischer Aktion ist zu verstehen, daß die Arbeiterparteien die politischen Rechte und die Gesetzgebungsmaschinerie nach Kräften benutzen oder zu erobern suchen, zur Förderung der Interessen des Proletariats und zur Eroberung der politischen Macht."

Aus den bis zum 1. Juli eingelaufenen Anträgen ergab sich folgende Tagesordnung: 1. Agrarfrage. 2. Die politische Aktion. 3. Wirthschaftliche und gewerbliche Aktion. 4. Die Kriegsfrage. 5. Erziehung und körperliche Entwicklung. 6. Organisation. 7. Verschiedenes.

Am Sonntag, 26. Juli, Nachmittags $2^1/_2$ Uhr fand eine von allen Londoner Arbeiterorganisationen organisirte Friedenskundgebung im Hydepark statt, die sich durch die kolossale Theilnahme der Londoner Arbeiterschaf[t] und durch die angenommene Resolution zu einer Riesendemonstration für de[n] Sozialismus gestaltete. Leider hatte ein plötzlich eintretender, sintfluthartige[r] Gewitterregen die Demonstration zum frühzeitigen Schluß genöthigt. Die angenommene Resolution lautet:

Diese internationale Versammlung von Arbeitern (im Hinblick darauf, daß der Friede zwischen den Nationen eine wesentliche Vorbedingung für internationale Brüderlichkeit und menschlichen Fortschritt ist, und daß Kriege nicht von den Völkern der Erde gewünscht, sondern verursacht werden durch die Gier und Selbstsucht der herrschenden Klassen in der Absicht, den Weltmarkt für ihr eigenes Interesse und gegen das Interesse der Arbeiter auszubeuten), erklärt hiermit: daß zwischen den Arbeitern der einzelnen Nationen keinerlei Streit besteht; daß ihr gemeinsamer Feind die Großgrundbesitzer- und Kapitalisten-Klasse ist; daß das einzige Mittel, Krieg zu verhüten, die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsform ist, und verpflichtet sich deshalb, für das einzige Mittel zu wirken, durch das jenes System umgestoßen werden kann — die Sozialisirung der Mittel der Produktion, des Konsums und des Waaren-Austausches. Sie erklärt ferner, daß, bis dieses Ziel erreicht ist, jeder Streit zwischen den Nationen durch Schiedsgerichte anstatt durch die rohe Waffengewalt geschlichtet werden sollte. Die Versammlung erklär[t] ferner, daß die Durchführung eines internationalen achtstündigen Arbeitstages für alle Arbeite[r] der nächste Schritt zu ihrer schließlichen Emanzipation ist, und empfiehlt deshalb allen Regierungen den Erlaß eines Gesetzes für Reduktion der Arbeitszeit auf acht Stunden. In Erwägun[g] ferner, daß die Arbeiterklasse ihre ökonomische und gesellschaftliche Emanzipation nur durchführen kann, indem sie die heutige politische Maschinerie der Kapitalistenklasse aus der Hand nimmt; in Erwägung ferner, daß in allen Ländern eine große Zahl von Arbeitern und alle Arbeiterinnen das Stimmrecht nicht besitzen und an der Politik nicht theilnehmen können, verpflichtet sich diese Arbeiterversammlung, alle Anstrengungen zu machen zur Erlangung des allgemeinen Stimmrechts.

Verhandlungen und Beschlüsse.

Erste Sitzung. Montag Vormittag 11 Uhr.

Vor Eröffnung des Kongresses traten Morgens 9 Uhr die Delegirten der einzelnen Nationen zusammen, um die vorläufige Prüfung der Mandate vorzunehmen und für die einzelnen Punkte der Tagesordnung die Delegationen und Kommissionen zu ernennen. Da nämlich die zur Tagesordnung gestellten Anträge — ca. 100 — unmöglich alle einzeln im Kongreß behandelt werden können, wurden vom Organisationscomité die eingegangenen Anträge nach Materien gruppirt und den hierfür einzusetzenden Kommissionen überwiesen, in welche jede Nation 2 Vertreter zu entsenden hat. Seitens der **deutschen Delegation** wurden entsendet: In die Mandatsprüfungs-Kommission: Fischer, Ulrich, Zetkin; in's Kongreß-Bureau: Liebknecht und Singer. In die Kommission für die Agrarfrage: Bebel, Schoenlank; Kommission für politische Aktion: Singer, Liebknecht; Kommission für wirthschaftliche und gewerkschaftliche Aktion: Legien, Molkenbuhr; Kommission für Krieg: Grillenberger, Wurm; Kommission für Erziehung und körperliche Entwickelung: Dietrich, Zetkin; Kommission für Organisation: Bock, Segitz.

Die deutsche Delegirtenzahl beträgt 48.

Die Mandate für die Anarchisten Kohl-Dresden (Leipziger), Kampffmeyer-London (Magdeburger), Gumplowicz, Pawlowicz und Landauer (Berliner Anarchisten) wurden, weil im Widerspruch mit den Einladungsvoraussetzungen, die von früheren Kongressen beschlossen wurden, für ungiltig erklärt. Landauer suchte wenigstens das von der Berliner Konsumgenossenschaft „Befreiung" ausgestellte Mandat zu retten; da es sich aber um einen Sozialisten- und Gewerkschaften-, nicht um einen Konsumvereins-Kongreß handelt, wurde auch dieses Mandat für ungiltig erklärt.

* * *

Der Kongreß tagt in dem prächtigen Saal der Queens-Hall, worin auch Liebknecht seine Riesenversammlung gelegentlich seiner letzten Agitationstour abgehalten hatte. Der Saal ist ein mächtiger runder Konzertsaal mit zwei Gallerien, die Raum für 2000 Zuschauer bieten. Das Bureau ist auf dem amphitheaterartig aufsteigenden Orchesterplatz plazirt, in dessen Hintergrund eine Riesenorgel bis zur Höhe von ca. 20—25 Metern aufsteigt. Rechts vom Bureau ist ein in Lebensgröße ausgeführtes Brustbild von Karl Marx aufgestellt, dessen Rahmen mit Blumen- und Laubguirlande umwunden ist. Bis zur Eröffnung der Sitzung wird die Orgel gespielt, und als plötzlich die Marseillaise mit mächtigen Akkorden ertönt, fällt der Kongreß und die Zuschauertribüne mit begeistertem Gesange ein.

An Delegirten mögen gegen 700 anwesend sein. Vorn rechts die Deutschen, neben ihnen die Italiener und Russen, hinter ihnen Schweizer, Oesterreicher, Belgier, Franzosen, links und im Zentrum sitzen die Engländer, nach ihren Organisationen getheilt. Hier die Fabiangesellschaft mit Mr. und

Mrs. Sidney Webb, Bernhard Shaw und Hubert Bland; dort die Sozialistische Federation mit Hyndmann, Quelch, Mr. Burrows, Edith Lanchester; zwischen ihnen und der Unabhängigen Arbeiterpartei mit Keir Hardie und Tom Man das Parlamentarische Comité: Wilson, Pickard u. A. Von den bekannteren Franzosen sind anwesend: Guesde, Lafargue, Jaurès, Jourde, Vaillant, Lavigne, Deville, Dejante, Millerand ꝛc. Von Russen Axelrod, Plechanoff und Vera Sassulitsch. Von den Italienern Ferri und Lazzari. Aus Belgien Vandervelde und Bertrand; aus Dänemark Knudsen und Holms; aus Schweden Branting; aus Oesterreich Adler, Resel, Kautsky, Exner; für Böhmen Hybes, für Kroatien Ancel, für Ungarn Ravazzalo; aus der Schweiz Brandt, Bürkli, Greulich, Fauquez. Als Uebersetzer fungiren Smith, Liebknecht, Bernstein, Frau Aveling-Marx und Frau Zetkin.

* * *

Mittags ½12 Uhr wurde der Kongreß im Auftrage des Organisationskomités eröffnet von dem Vorsitzenden des Parlamentarischen Komités der Gewerkschaften, Abg. Cowey, Vertreter einer der größten englischen Gewerkschaften, der Kohlenarbeiter. Er bedauere, daß der Kongreß nicht so pünktlich habe eröffnet werden können, wie es englische Sitte sei, aber die französischen Delegirten haben sich noch nicht als nationale Delegation konstituiren können. Er gehöre seit 35 Jahren der Gewerkschaftsbewegung an; die Trades Unions seien zwar keine politische Partei, aber sie ständen auf dem Boden des Klassenkampfes. Deshalb habe seine Gewerkschaft und auch er niemals zu jenen gezählt, welche die politischen Parteien des Festlandes, die aus der Arbeiterbewegung hervorgegangen, mit Mißtrauen betrachteten; er begrüße jede Organisation. Die Arbeiter müssen sich national und international einigen, sie müssen politisch sich organisiren, unabhängig von den Parteien der Bourgeoisie; sie müssen tolerant sein in Bezug auf die Mittel, aber fest und entschlossen bezüglich des Zieles: der Befreiung der Arbeiterklasse durch Arbeiter selbst! Bis jetzt haben wir zu viele politische Parteien, daher wird der Ausbau der Organisation für die Arbeiterklasse die Hauptaufgabe der nächsten Zukunft sein. Aber so gemäßigt in der Form dieser Kongreß seine Verhandlungen führen wird, in der Sache wird er fest und entschieden wie die früheren sein und es wird uns gelingen, wenigstens über eine feste allgemeine Richtschnur uns zu verständigen. Dazu wird es harter Arbeit bedürfen, doch werden die Engländer sich auch bemühen, den fremden Brüdern den Aufenthalt möglichst angenehm zu machen. Er schließt mit dem herzlichsten Willkommengruß aller sozialistischen Parteien und Gewerkschaften Englands für die vom Festland gekommenen Delegirten, die sie hier als Brüder betrachten und als Brüder aufnehmen. Mit jubelnder Zustimmung wird die Rede aufgenommen.

Im Namen der deutschen Sozialdemokratie spricht Singer dem Organisationskomité den herzlichsten Dank aus für den brüderlichen Empfang. Wir geben, fährt er fort, die Versicherung, daß wir mit den Arbeitern aller Länder auch künftig Schulter an Schulter kämpfen werden bis zur endgiltigen Befreiung der Arbeiterklasse. Wir wissen uns auch einig mit der ganzen heutigen Versammlung in dem Gefühl der Trauer, daß unser großer Lehrer Friedrich Engels, der den letzten sozialistischen internationalen Arbeiterkongreß in Zürich unter dem jubelnden Beifall der Vertreter der Arbeiter aller Länder geschlossen hat, heute nicht mehr hier unter uns weilt, um diesen größten aller bisherigen Kongresse eröffnen zu können. Er ist von uns genommen, aber sein Geist, seine Lehren führen uns, und der beste Dank für sein arbeitsreiches, mühevolles Leben im Dienste und zum Besten der Arbeiterklasse aller Welt sprechen wir ihm dadurch aus, daß wir ihm nacheifern im Pflichtgefühl, Pflichterfüllung und selbstloser Aufopferung. (Stürmischer Beifall.)

Die deutsche Sozialdemokratie ist nicht blos eine politische, sondern auch eine wirthschaftliche Partei, die von vornherein erklärt, daß die politische Macht dazu benutzt werden muß, die wirthschaftliche Befreiung der Arbeiterklasse herbeizuführen. Wir sind hierher gekommen, um über die Mittel zu berathen zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse, zur Besserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Wir wissen, daß gerade der Besitz der politischen Macht es uns erleichtert, Einrichtungen zu treffen zur Erleichterung des Kampfes für diese Besserstellung; aber wir verkennen trotzdem nach keiner Seite die Wichtigkeit der wirthschaftlichen, der gewerkschaftlichen Organisation. Mögen die Bourgeois politische Bündnisse aller Art schließen, wir kümmern uns nicht darum, wir wissen, daß die Arbeiterklasse überall nur einen Bundesgenossen hat, ihre Arbeitsbrüder, und nur einen Feind, die Bourgeoisie. Gegenüber dem Dreibund von Deutschland, Oesterreich und Italien, dem russisch-französischen Zweibund müssen wir Vertreter der Arbeiterklasse den Einbund der internationalen Arbeiterschaft gründen. Und dieser Kongreß wird ein weiterer Markstein sein, ein Schritt weiter im Kampfe um die Emanzipation der Arbeiterklasse; er wird, wie die nachfolgenden, immer mehr die Bahn frei machen zu siegreichem Kampf für die endgiltige Befreiung der Arbeiterklasse.

Singer sowohl wie Liebknecht, der als Uebersetzer funktionirte, werden mit jubelndem Beifall und Tücherschwenken begrüßt.

Vandervelde, Mitglied des belgischen Parlaments, begrüßte den Kongreß zugleich auch im Namen der französischen Arbeiter, da die französische Delegation noch nicht erschienen. Er fühle sich dazu auch um deswillen berufen, weil zwischen ihnen und den Franzosen eine besonders enge Kampfgemeinschaft herrsche. Im industriell und jetzt auch sozialistisch entwickelten Norden Frankreichs sei die Agitation sowohl von Belgiern wie von Franzosen betrieben worden und umgekehrt haben auch die belgischen Sozialisten im Süden ihres Landes die Hilfe ihrer französischen Brüder empfangen. Er dankt für den freundlichen Empfang und spricht zum Schluß in begeisterten und beifällig begrüßten Worten das Versprechen der internationalen Solidarität aus.

Vaillant-Paris dankt im Auftrage der inzwischen erschienenen französischen Delegation dem Genossen Vandervelde für die freundliche Vertretung. Aber so eng befreundet sie auch mit den belgischen Genossen seien, in der Solidarität mit den Arbeitern aller Länder kennen die französischen Sozialisten keinen Unterschied: für sie sind alle Arbeiter Brüder und gegen das völkerhetzende und völkertrennende Treiben der herrschenden Klassen und Parteien müssen gerade die Arbeiter zusammenstehen und die nothwendigen Vorbereitungen treffen zum Zusammenschluß aller Arbeiter in eine Partei gegen den einen gemeinsamen Feind: die Bourgeoisie! Und in dieser internationalen Aufgabe des Protestes gegen den Chauvinismus werden die Franzosen ihre Pflicht als internationale revolutionäre Sozialdemokraten voll und ganz erfüllen.

Damit war der offizielle Begrüßungsakt geschlossen; Aveling macht Mittheilung über eingegangene Telegramme und Zuschriften, darunter mehrere aus Deutschland, eine aus Transvaal, von dem Johannesburger deutschen Arbeiterverein, und eine von dem bekannten englischen Sozialisten William Morris, der leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert sei.

Eine längere Geschäftsordnungs-Debatte entspinnt sich darüber, ob mit Schluß der heutigen Sitzung die Tagesordnungs-Debatte und die Stellung von Anträgen hierzu abgeschlossen sei oder, wie einzelne französische, englische und holländische Delegirte beantragen, auf morgen vertagt werden soll. Punkt 11 der vorgeschlagenen Geschäftsordnung lautet nämlich:

> Es wird kein Amendement und keine Diskussion zur Geschäftsordnung oder zur Tagesordnung später als am Montag zugelassen.

Mit der Annahme dieses Punktes kommen all' die zahllosen Unteranträge

in Wegfall und außerdem ist damit die grundlegende Stellungnahme des Kongresses gegenüber den Anarchisten gegeben: Die Züricher Beschlüsse über die Zulassung treten definitiv in Kraft. Daher der Versuch, bei diesem Punkt die Kraftprobe vorzunehmen. Die Diskussion hierüber konnte jedoch, nachdem Singer im Namen der Deutschen seine Zustimmung ausgesprochen und der Vorsitzende Abstimmung en bloc vorgeschlagen hatte, nicht weitergeführt werden. Unter Führung von Cornelissen, Nieuwenhuis und Malatesta, dem in London lebenden italienischen Anarchisten, machen die Anarchisten sowohl im Saale selber wie auf den Galerien solchen Skandal, schreien und toben, daß der Vorsitzende mit der polizeilichen Ausweisung der Ruhestörer drohte. Daraufhin erneuerter und erhöhter Lärm seitens der Anarchisten, bis der Vorsitzende, der nicht abstimmen will, so lange nicht vollständige Ruhe herrscht, die Sitzung bis Dienstag Vormittag vertagt.

Nächste Sitzung Dienstag vormittags $^1/_2$11 Uhr.

Zweite Sitzung. Dienstag Vormittag 10$^1/_2$ Uhr.

Für die heutige Sitzung hat das Geschäftsordnungs-Komité die nöthigen Vorbereitungen zur Verhütung von Ruhestörungen und zur Sicherung einer ruhigen Debatte getroffen: bis zur Erledigung der streitigen Geschäftsordnung sind die Gallerien für das Publikum geschlossen; damit ist die Absicht der Anarchisten vereitelt, von den Gallerien aus zu „demonstriren“. Für den Saal selber sind Ordner aufgestellt worden, um eine systematische Störung wie gestern für den Fall der Wiederholung von vornherein unmöglich zu machen.

Um $^1/_2$11 Uhr wird die Sitzung von Singer eröffnet mit der Mittheilung, das Bureau sei der Meinung, wir seien zum Arbeiten hier; wir hätten weder Lust noch Zeit an unfruchtbaren Geschäftsordnungs-Debatten zu verschwenden, oder an Diskussionen über Fragen, welche von den Arbeitern aller Länder bereits überall entschieden seien. Das Bureau werde keiner Polizeihilfe von außen bedürfen, sondern durch Ordner im Saale ruhige Aussprache sichern. Um jeden Anschein einer Vergewaltigung irgend einer Gruppe zu vermeiden, schlage das Bureau vor, sofort in die Diskussion des Punkt 11 der Tagesordnung einzutreten, zwei Rednern für und zwei gegen mit je 10 Minuten Redezeit das Wort zu ertheilen und dann zur Abstimmung zu schreiten.

Nahezu einstimmig tritt der Kongreß diesem Vorschlag bei.

Hierauf nimmt der Vizepräsident Keir Hardie (der frühere Bergarbeiter-Abgeordnete und jetzige Herausgeber des „Labour Leader“ und Leiter der Unabhängigen Arbeiterpartei) das Wort, um zur Toleranz zu mahnen auch jenen Gruppen gegenüber, die zur Frage der parlamentarischen Aktion eine andere Stellung einnehmen. Die Verhältnisse seien in den verschiedenen Ländern verschieden, daher auch die verschiedenen Ansichten über die Art des Kampfes.

Jaurès (französischer Abgeordneter für Carmaux): Wir alle sind vom Geist der Toleranz und Brüderlichkeit erfüllt, aber gerade deshalb müssen wir den Züricher Beschluß in seinen wesentlichen Theilen aufrechterhalten und die Nothwendigkeit der politischen Aktion betonen. Wenn wir die kapitalistische Gesellschaft umwandeln wollen in die sozialistische, so brauchen wir dazu die politische Macht, die Macht des Staates, und deshalb müssen wir sie erkämpfen, sie für die Arbeiterklasse erobern. Wenn wir für die politische Aktion eintreten, so setzen wir damit die Bedeutung des gewerkschaftlichen und wirthschaftlichen Kampfes nicht herunter. Redner wies auf die Bedeutung der Gewerkschaft zur Wahrung der Tagesinteressen hin, auf die Kämpfe für Löhne, Arbeitszeit u. s. w.; auf die Bedeutung in Bezug auf Weckung der Talente, Erziehung und Schulung der Massen. Ohne politischen Kampf ist aber der gewerkschaftliche Kampf oft gerade unmöglich, das haben die französischen

Arbeiter in der jüngsten Zeit nur zu bitter erfahren müssen. Die Bourgeois haben die politische Macht dazu benutzt, die gewerkschaftlichen Kämpfe unmöglich zu machen, die gewerkschaftliche Organisation lahm zu legen. Nicht verzichten sollen die Arbeiter auf die politische Macht, sondern den Parlamentarismus aus einem Werkzeug der Prellerei in den Händen der Bourgeoisparteien zu einem Werkzeug der Befreiung in den Händen der Arbeiterklasse machen.

Tom Man (Sekreiär der unabhängigen Arbeiterpartei) spricht gegen Punkt 11. Er selber sei kein Anarchist, sondern Kollektivist, aber er wünsche engste Berührung mit allen Kämpfern, sei es für soziale Reformen oder sei es für soziale Revolution. Er appellirt insbesondere an die Gewerkschaften; sie sollen sich erinnern, mit welchen Mitteln ihre Väter haben kämpfen müssen, nur um den Boden für ihre Arbeit, ihre Agitation sich zu erobern. Er erinnere sich noch lebhaft der Zeit, als sie klein und schwach waren, wie sie da von den alten großen Parteien verleumdet, beschimpft, gehetzt worden seien — dieses Beispiel sollen wir nicht nachahmen. Er wolle nicht glauben, daß es hier Anarchisten gebe, die blos gekommen seien, um zu stören (Widerspruch), aber auch dann wären wir stark genug, Ruhe zu erzwingen. Der Kongreß soll sich auf einen höheren, edleren Standpunkt stellen; er soll Niemand seiner Meinung wegen zurückstoßen! Freier Raum für jede Meinung!

Hyndman (der geistige Leiter der Sozialdemokratischen Federation): Er könne über die Züricher Resolution ein unparteeisches Urtheil abgeben, er sei nicht dabei gewesen, aber er halte die Aufrechterhaltung dieses Beschlusses für absolut nothwendig und in überwiegender Mehrheit theile die englische Delegation diese Auffassung. Wir sind nicht hier, um Theorien zu diskutiren, sondern um zu arbeiten. Gegen Tom Man meint er, allerdings seien die Gewerkschaften eingeladen, aber auch die Sozialisten, nicht aber die Anarchisten, die in jeder Beziehung zu den Sozialisten in grundsätzlichem Gegensatz stehen. Die Anarchisten seien auch keine Gewerkschaftler; wo sie Zutritt zu diesen verlangen, sei es nur, um sie zu ruiniren. Man spreche von Toleranz, gewiß, hier, wo die Anarchisten in Minderheit seien, wollen sie angeblich ruhig diskutiren. Aber in Paris habe Merlino seiner Zeit ganz offen erklärt, die Anarchisten seien nur gekommen, um diese Milch- und Wasserpolitik der Sozialdemokraten unmöglich zu machen. Und Ordnung und Toleranz! Gestern habe man es gesehen, wie es damit bei den Anarchisten aussehe! Gestern hätten sie alles gethan, um diesen Kongreß und seine Arbeiten zu stören! Und so sei es überall und immer! Niemals habe selbst das elendeste Bourgeoisblatt die Sozialisten je so niederträchtig und schamlos bekämpft und verleumdet, als die anarchistische Presse. Und von der Würde solle man ganz schweigen. Wo sei gestern diese Würde geblieben, als die Anarchisten den würdelosen Versuch gemacht, zum Gaudium der Feinde der Arbeitersache diesen Kongreß durch ihr Benehmen zu entehren! Und mit solchen Elementen soll man diskutiren! Nein, deshalb habe auch die englische Delegation mit 223 gegen 104 Stimmen sich ausgesprochen für die Zurückweisung der Anarchisten, die nicht um zu arbeiten, sondern um zu skandaliren gekommen seien. (Stürmischer Beifall.)

Nieuwenhuis (Holland) wendet sich in breiter und ausführlicher Weise gegen die Züricher Resolution, die so zweideutig gewesen, daß sie sofort wieder eine Erklärung nothwendig gemacht habe. Wenn Hyndman die Anarchisten beschuldigt habe, die Verhandlungen stören zu wollen, so habe er höchstens damit seine Angst verrathen, es könnte das Konzil der marxistischen Kirchenväter gestört werden. Mit Annahme der Züricher Resolution sei jede Meinungs- und Bewegungsfreiheit aufgehoben; das geschehe in der Praxis freilich schon längst; die spanische Delegation habe das Mandat einer Eisenbahnarbeiter-Gewerkschaft kassirt, blos weil der Delegirte ein Anarchist; ebenso die Deutschen das Mandat einer Konsumgenossenschaft. Politische Aktion und parlamen-

tarische Aktion sei nicht gleichbedeutend, über die erste könne man getheilter Meinung sein, letztere werde von den Anarchisten bekämpft, die, insoweit sie kommunistische Anarchisten seien, auch als Sozialisten gelten wollen. Ob denn Reclus, Krapotkin nicht Sozialisten seien? Dann könne man auch von Liebknecht behaupten, er sei kein Sozialist. Keine Fraktion habe das Recht, den Sozialismus zu monopolisiren — andernfalls solle man doch blos von einem Kongreß der parlamentarischen Sozialisten sprechen.

Damit ist die Diskussion geschlossen. In der Abstimmung stimmen die Delegirten nach Nationen ab. Es stimmen für den Punkt 11, d. h. die Züricher Resolution und damit den Ausschluß der Anarchisten 18 Nationen, dagegen 2, 1 Stimmenthaltung (Italien). Dafür sind Deutschland (einstimmig), England (223 gegen 104), Belgien (einstimmig), Amerika, Australien, Schweiz, Rumänien, Bulgarien, Rußland, Polen, Oesterreich, Böhmen, Ungarn, Dänemark, Norwegen, Schweden, Spanien und Portugal, dagegen sind Frankreich (mit 57 Stimmen gegen 56) und Holland (mit 9 gegen 5 Stimmen). Die Verkündigung der Abstimmung wird mit minutenlangem Beifall begrüßt.

Nach Verlesung einer Reihe von Zustimmungsadressen frägt Cornelissen (Holland) an, wie es mit der Zulassnng der antiparlamentarischen Kommunisten stehe. Diese Frage wird der Mandats-Prüfungskommission überwiesen, unbestrittene Auffassung des Kongresses sei, daß Mandate der Gewerkschaften von der Abstimmung unberührt bleiben.

Um $^3/_4$1 Uhr vertagt sich der Kongreß bis auf 3 Uhr nachmittags.

Dritte Sitzung. Dienstag nachmittags 3 Uhr.

Um 3 Uhr eröffnet Singer die Sitzung mit dem Vorschlage des Bureaus, nach Prüfung der Mandate die Sitzung zu vertagen bis morgen Nachmittag 2 Uhr, um den verschiedenen Kommissionen Zeit zu geben, ihre Arbeiten zum Abschluß zu bringen und so den Kongreß in die Lage zu setzen, endlich an die Erledigung der Tagesordnung zu gehen, nachdem zwei Tage der Geschäftsordnungs-Berathung und der Mandatsprüfung geopfert worden.

Nach Erledigung einer Anzahl geschäftlicher Angelegenheiten, wobei die Nachricht von dem sozialistischen Sieg bei der Liller Generalrathswahl mit Jubel begrüßt wird, beginnt die Prüfung der Mandate. Klara Zetkin berichtet über die deutsche Delegation. 46 Mandate, in öffentlichen politischen oder gewerkschaftlichen Versammlungen ertheilt, wurden ohne weiteres für giltig erklärt; 6 anarchistische Mandate kassirt, weil sie nach Auffassung der deutschen Delegation im Widerspruch mit den Zulassungsbestimmungen seien. Dieselben geben genügenden Spielraum für alle Meinungen, die in Bezug auf das Ziel übereinstimmen. Wenn die Anarchisten heute plötzlich erklären, sie bestreiten den Arbeitern nicht das Recht der politischen Aktion, so ist das, als wenn man sagt, ihr dürft Waffen tragen, aber ihr dürft sie nicht gebrauchen.

Landauer-Berlin protestirt gegen diesen Beschluß, erklärt die Anarchisten für Sozialisten, die ebenfalls Abschaffung des Privateigenthums wollten.

Nach Uebersetzung seiner Rede steigt Landauer auf den Tisch und versucht nochmals zu reden, trotzdem das Wort bereits dem nächsten Redner ertheilt ist. Die Anarchisten um Laudauer herum schreien dazwischen, die Mehrheit des Kongresses ruft: „Zur Ordnung!“ Der Vorsitzende droht, Jeden aus dem Saale bringen zu lassen, der, ohne daß ihm das Wort ertheilt sei, zu sprechen versuche. Darauf tritt etwas Ruhe ein.

Fischer-Berlin ist der Meinung, der Kongreß werde hoffentlich jetzt nicht abermals die Frage aufrollen lassen, die durch die Abstimmung am Vormittag entschieden worden sei. Die Situation sei klar; die Anarchisten sind nicht eingeladen; der Kongreß hat außerdem jetzt noch ausdrücklich erklärt:

wir wollen mit den Anarchisten uns nicht in uferlose Diskussionen über ihre Theorien einlassen; wir haben nichts Gemeinsames mit den Anarchisten. Nach solch' deutlicher Stellungnahme, nach solch' ausdrücklicher Erklärung: der Kongreß ist ein Kongreß der Sozialisten und Gewerkschaftler, er will mit Euch Anarchisten nichts zu thun haben, sollte auch für sie die Frage des Zutritts eine Frage des politischen Ehrgefühls sein. (Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen, da nur je ein Redner für und gegen sprechen soll. Mit Ausnahme eines Theils der Holländer und Franzosen stimmt der Kongreß dem Antrag der deutschen Delegation zu.

Landauer will nochmals reden, seine anarchistischen Freunde schreien dazwischen und stören die folgende Debatte, bis der Vorsitzende ihnen unter dem Beifall des Kongresses die Ausweisung durch die Ordner androht.

Peter Curran (Gasarbeiter-London) berichtet über England: im ganzen 475 Delegirte mit giltigen Mandaten, davon sind 185 Vertreter der Gewerkschaften, 120 der Sozialdemokratischen Federation, 115 der Unabhängigen Arbeiter, 22 der Fabiergesellschaft, 5 einzelne sozialistische Gesellschaften, 3 Arbeiterkirche, 13 Parlamentarisches und 12 Organisations-Komité. Nur ein Mandat sei für ungiltig erklärt worden.

Belgien hat 24 Delegirte der Arbeiterpartei gewählt, von denen 19 anwesend sind.

Aus Amerika sind 6 Delegirte anwesend: je 1 für die Sozialistische Arbeiterpartei, Allgemeiner Gewerkschaftsbund, Kalifornischer Gewerkschaftsbund, Arbeiterbund Washington, Bierbrauer und selbständiger Miethskutscher. Letzteres Mandat wird bestritten, weil die Organisation keinen Arbeiter-, sondern bürgerlichen Charakter trage, vom Kongreß aber giltig erklärt.

Für die Schweiz führt Greulich an, daß 12 Delegirte vertreten den: Grütliverein (14000 Mitglieder), Sozialdemokratische Partei (5000), Gewerkschaftsbund (10000), Uhrmacher (3000), Buchdrucker (1500), Eisenbahnangestellte (16000), Metallarbeiter (2500), Schneider (600). Ein Mandat aus Zürich mußte, weil anarchistisch, für ungiltig erklärt werden, ebenso ein solches aus Genf, trotz Widerspruchs der betreffenden „Delegirten", Runge-Genf und Sanftleben-Zürich, die den anarchistischen Charakter ihrer Mandate abzuschwächen versucht. Der Kongreß erklärt diese beiden Mandate für ungiltig.

Rumänien sendet 1 Delegirten. Bulgarien zählt 4 Delegirte, die aus 34 Orten von Arbeiter-Organisationen Mandate haben.

Aus Rußland sind nach dem Berichte Plechanow's 8 Delegirte anwesend, von denen 6 die sozialdemokratische Arbeiterpartei vertreten; auch verschiedene Arbeiter-Organisationen in Rußland seien vertreten, darunter auch die Petersburger Arbeiter, die jüngst den Riesenkampf aufgenommen gegen die zaristische Unterdrückung und die kapitalistische Ausbildung. Ein Mandat habe für ungiltig erklärt werden müssen, weil es nicht von einer Arbeiterorganisation ausgestellt sei, sondern nur von einer Gruppe junger ideologischer Studenten in Bern, die zwar ein Blatt: „Der Arbeiter" herausgeben, hinter dem jedoch keine Arbeiter ständen. Das schaffe unter Umständen schlimme Konsequenzen. Der Kongreß stimmt dem Antrag der russischen Delegation zu.

Für Frankreich meldet Fabereau (Paris, Allemanist) 113 Delegirte an, von denen drei (Jaurès, Millerand, Vivani, alle drei Mitglieder der Deputirtenkammer) keine Mandate besitzen; die Delegation beantragt, um ihren guten Willen und ihre Toleranz zu zeigen, die Zulassung auch dieser drei Delegirten.

Jaurès erklärt, diese zur Schau getragene Großmuth könne von ihnen nicht akzeptirt werden; die französischen Anarchisten aller Schattirung hätten unter der Maske des Gewerkschaftsmandats Zutritt erschlichen; diese Gewerkschaften seien oft sehr fragwürdiger Existenz und Größe — und es wäre doch der höchste Widersinn, diese Anarchisten zuzulassen, dagegen die 3 Delegirten,

die von tausenden organisirter Arbeiter gewählt worden seien, auszuschließen. Sie vertreten nicht bloß Sozialisten, sondern auch organisirte Landarbeiter und sie seien der Meinung, ihr Abgeordnetenmandat müsse auch hier als giltiges Mandat angesehen werden.

Die Jaurès'sche Rede erregt Zorn und Lärm bei der französischen Mehrheit, die gebildet ist durch die eine Stimme des Italieners Malatesta, der in London lebt und ein italienisches, französisches und spanisches Mandat hatte. Das spanische Mandat wie das italienische wurden für ungiltig erklärt, denn sie galten für Gesellschaften, die seit Jahren schon eingeschlafen sind; es blieb nur das von französischen Anarchisten ihm zugeschobene Gewerkschaftsmandat. Die Anarchisten (auch jene, deren Mandate bereits kassirt waren und die trotzdem noch im Saale anwesend sind) machten daher solchen Lärm, schrieen und tobten dazwischen, daß eine ruhige Abstimmung nicht mehr möglich war. Die Verwirrung wurde noch erhöht, weil die Engländer irrthümlicherweise annahmen, die 3 Abgeordneten wollten sich unter falschen Vorwänden einschleichen. Schließlich wurde die Sitzung auf Mittwoch Mittags 2 Uhr vertagt. Im Laufe des Vormittags sollen die Kommissionen die Berathung und Zusammenstellung der verschiedenen Anträge zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung vornehmen. Schluß der Sitzung 7 Uhr.

Vierte Sitzung. Mittwoch Mittag 2 Uhr.

Den Vorsitz übernimmt Hyndman-London.

Alle Anträge, Anfragen ꝛc. müssen schriftlich eingereicht werden; die Redezeit wird auf 5 Minuten beschränkt. Hyndman appellirt an die Mithilfe der Delegirten, ihn in der Ausübung seines Amts durch größte Selbstbeherrschung auch gegenüber den verletzendsten Provokationen zu unterstützen. Eine lange Geschäftsordnungs-Debatte entsteht über die Frage der drei französischen Kammerdeputirten; dieselben haben nachträglich Mandate eingereicht, nachdem sie sich überzeugt hatten, daß ihre Absicht, über das Zulassungsrecht von Arbeiter-Abgeordneten eine prinzipielle Entscheidung herbeizuführen, vielen Mißverständnissen begegne. Der Engländer James Connel erklärt, die englische Delegation habe sich nunmehr über das gestrige Mißverständniß aufgeklärt, daß es sich nicht um einen Advokatenkniff, sondern um eine Prinzipienfrage gehandelt habe. Der Kongreß beschließt, die Prüfung der 3 Mandate an die französische Delegation zurückzuweisen.

Polen ist durch 14 Delegirte vertreten; die Mandate rühren her von Organisationen im Ausland, der sozialdemokratischen Partei in Preußisch- und in Oesterreichisch-Polen, und endlich von geheimen Arbeiterorganisationen in Russisch-Polen. Der Kongreß möge sich an diesen geheimen Organisationen nicht stoßen. Mangels jeglichen Rede-, Preß-, Vereins- und Versammlungsrechtes bleiben den Arbeitern nur die geheimen Organisationen. Ein Mandat wird von der Delegation bestritten, weil der Träger seit einer Reihe von Jahren unter dem schwersten politischen Verdacht steht, ohne bisher einem eingesetzten Schiedsgericht sich gestellt zu haben. Trotz seines längeren Protestes wird mit 12 gegen 7 Nationalitäten der Antrag auf Ausschluß angenommen.

Resel-Graz berichtet über Oesterreich: Von den 7 Delegirten vertreten 3 die sozialdemokratische Partei, 1 die Metallarbeiter (13000), 1 die Hutmacher (1273) und 1 die Brauer. Die österreichische Arbeiterschaft habe von der Entsendung einer stärkeren Delegation um deswillen Abstand genommen, weil der jüngste jahrelange Kampf ums Wahlrecht große Mittel erfordert und der bevorstehende Wahlkampf neue und erhöhte Anforderungen an den finanziellen Opfermuth der Arbeiter stelle.

In Böhmen liegen nach dem Berichte Hybes', der die sozialdemokratische Partei vertritt, die Ursachen der schwachen Vertretung auf gleichem Grunde. Er bestreitet die Giltigkeit eines zweiten böhmischen Mandats, weil der Träger nur ein chauvinistischer Anarchist sei, der selber erklärt habe, nur an der Entscheidung der Frage des Generalstreiks theilnehmen zu wollen.

Gegen einen Antrag auf Ueberweisung der Prüfung dieses Mandats an die österreichisch-ungarische Gesammtdelegation wendet sich

Adler-Wien: Für den Fernstehenden mag es schwer sein, wieso innerhalb Oesterreich-Ungarns sich je eine selbständige czechische, kroatische, polnische und ungarische Organisation bilden konnte. Das hängt zusammen mit der historischen Entwicklung und liegt im eigenen Interesse der Arbeiterbewegung; gerade in Böhmen haben wir eine große, in schneller Entwicklung begriffene ausgezeichnete Arbeiterbewegung. Die Rückverweisung ist um deswillen sehr überflüssig, weil die Prüfung bereits stattgefunden hat. Es handelt sich in der That um das Mandat eines czechisch-nationalen-chauvinistischen Anarchisten: also die Konfusion auf dem Gipfelpunkt. (Heiterkeit.) Uebrigens könne er zur Beruhigung mittheilen, daß es in Oesterreich-Ungarn wohl verschiedene sozialdemokratische Organisationen, aber nur eine Sozialdemokratie gebe, und er wünsche nur, daß dieselbe Einigkeit auch in den Ländern herrsche, wo nur eine Sprache gesprochen werde. Der Kongreß entscheidet nach dem Antrag der Delegation.

Knudsen-Kopenhagen meldet für Dänemark sieben Delegirte an, welche sowohl die Sozialdemokratische Partei (23 000 Mitglieder) wie die Zentralisirten Gewerkschaften (42 000) vertreten. In letzter Stunde habe sich noch der Vertreter einer kleinen anarchistischen Gruppe „Toleranz" gemeldet, das Mandat sei kassirt; er bitte, diesem Beschluß beizutreten, was geschieht.

Schweden (Berichterstatter Branting-Stockholm) ist durch zwei Delegirte vertreten: einer für die Partei, einer für die Hafenarbeiter Stockholms. Der Mangel an Geldmitteln, deren sie für die Erkämpfung des Wahlrechts nöthig bedürfen, habe verhindert, mehr Delegirte zu entsenden.

Aus Italien sind, wie Ferri berichtet, 10 Delegirte der Sozialistischen Partei erschienen, diese habe sich auf dem Nationalkongreß in Florenz jetzt neu konstituirt und zähle 25 000 eingeschriebene Mitglieder. Als die 10 Delegirten nach London kamen, sagt der Berichterstatter Professor Ferri, sahen sie ihre Zahl verdoppelt; aber diese Londoner Doppelgänger hatten nur Mandate von anarchistischen Gruppen; nur 3 hatten Gewerkschaftsmandate, welche er anzuerkennen bittet, so daß Italien also 13 Delegirte zählt.

Einer dieser Anarchisten will das Wort nehmen; der Präsident erklärt, die Frage bez. der Anarchisten sei entschieden, kein Anarchist könne als solcher über diese Fragen zum Wort kommen.

Die anarchistischen Mandate werden für ungiltig erklärt.

Im Namen der spanischen Delegation theilt Iglesias mit, daß diese von 8 Mandaten zwei habe für ungiltig erklären müssen. Das eine sei ausgestellt für eine absolut unbekannte Gesellschaft, das andere sei anarchistisch. Die gestrige Behauptung Nieuwenhuis' sei also unwahr. Wenn „wir hier zusammenkommen, um für gemeinsame Zwecke zu arbeiten, dann müsse auch ein gemeinsamer Boden vorhanden sein, man könne daher nicht mit Anarchisten und Leuten zusammen arbeiten wie Nieuwenhuis, die als ihre Hauptaufgabe die Bekämpfung der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung betrachten.

Malatesta spricht dagegen, der Kongreß entscheidet gemäß dem Antrag Iglesias.

Holland ist durch 13 Delegirte vertreten, welche 21 lokale oder Zentralorganisationen vertreten, darunter auch 1 für die sozialistische Lehrervereinigung, 2 für eine Vereinigung von 16 Gewerkschaften. Der Kongreß

müsse, erklärt der Berichterstatter, sich jetzt entscheiden, ob die kommunistisch-antiparlamentarischen Sozialisten Zutritt haben oder nicht. Da kein Gegenantrag vorliegt, gelten alle holländischen Mandate als anerkannt.

Seitens 47 französischer Delegirten der französischen Arbeiterpartei geht nunmehr eine Erklärung ein, daß sie sich von der französischen Delegation trennen wollen, die unter anarchistischer Flagge marschire und für deren Beschlüsse sie keine Verantwortung übernehmen wollen, deshalb verlangen sie das Recht für sich, in den Kommissionen selbständig vertreten zu sein.

Ein Antrag auf Uebergang zur Tagesordnung von Bernhard Shaw, Vertreter der Fabier, wird vom Vorsitzenden bekämpft; habe man Malatesta sprechen lassen, so werde man den Vertreter der großen französischen Partei nicht verhindern können, seinen Standpunkt zu vertreten.

Ein englischer Delegirter widerspricht, daß an Millerand das Wort ertheilt werde, so lange nicht sein Mandat für giltig erklärt sei. Gegen diese Auffassung erhebt sich Widerspruch. Die anarchistischen Franzosen, ein Theil der Holländer und die trotz der Ungiltigerklärung immer noch im Saale anwesenden Anarchisten machen solchen Lärm, daß die Glocke des Präsidenten minutenlang ertönt.

Singer appellirt an das Gerechtigkeitsgefühl der Engländer, daß sie auch Rücksicht nehmen sollen auf diejenigen, die mit der englischen Geschäftsordnung nicht vertraut seien, hier sei ein internationaler, kein englischer Kongreß. Es sei ein Gebot der Ehre, unseren französischen Freunden die Gelegenheit zur Erklärung ihrer prinzipiellen Stellungnahme zu geben.

Bernhard Shaw: Gegenüber der Drohung der Franzosen, eventuell den Kongreß zu verlassen, und den Ausführungen Singer's gegenüber bitte er nun erst recht mit Emphase, seinem Antrag, das Wort an Millerand nicht zu ertheilen, zuzustimmen. (Abermals große Unruhe.)

Der Antrag Shaw wird einstimmig abgelehnt.

Millerand-Paris: Die 47 Delegirten der einen Sektion verlangen nicht persönlicher Gegensätze wegen das Wort, sondern weil es sich um prinzipielle Auseinandersetzungen handele, die für das gesammte internationale Proletariat von Wichtigkeit seien. Man muß sich auseinandersetzen mit denen, die unter dem Deckmantel der Gewerkschaften als Anarchisten hier sich eingefunden hätten und im Widerspruch mit der Züricher Resolution hier erschienen seien. Diese Anarchisten seien hierher gekommen, um die Sozialisten mit allen Mitteln zu bekämpfen, ihr Zweck sei nicht, im Interesse der Gewerkschaften zu wirken, sondern, wie der Anständigste unter ihnen offen zugestanden habe, nur den Kongreß zu benutzen, um für ihre anarchistischen Ideen Propaganda zu machen. Nach Frankreich zurückgekehrt, würden sie sich dort ihrer Triumphe brüsten und die Sozialisten wieder aufs ärgste verleumden. Mit solchen Leuten sei keine gemeinsame Sache zu machen und darum hätten er und seine Genossen sich von den Anarchisten getrennt und verlangten von dem Kongreß, daß er sie als eine besondere Delegation anerkenne. Das zuzulassen sei man ihnen schuldig mit Rücksicht auf die großen Massen ihrer Anhänger, die sie vertreten, wohingegen die angebliche Majorität der Vertreter hier auf dem Kongresse eine Minorität der französischen Arbeiter repräsentirten. Käme der Kongreß ihren sehr berechtigten Wünschen nicht entgegen, so sähe er und seine Parteigenossen sich leider genöthigt, den Kongreß zu verlassen. Sie könnten und dürften nicht dulden, daß infolge von allerlei zweideutigen Machinationen es den Anschein gewinne, als sei das französische Proletariat in seiner Mehrheit anarchistisch gesinnt. (Stürmischer Beifall.)

Der Vorsitzende theilt mit, daß die französischen Delegirten sich derart verständigt hätten, daß jede Partei je einen Delegirten in die Kommissionen

wählen, so daß sie zusammen nicht mehr Stimmen besäßen, als die anderen nationalen Delegationen.

Vandervelde-Brüssel spricht gegen Millerand. Die Frage sei eine rein formelle, nicht aber eine prinzipielle. Billige man das Verlangen der letzteren, so sei dies eine Prämie auf Spaltungen in den einzelnen Parteien. Es handele sich um eine Minorität, die sich der Majorität fügen müsse. Die letztere sei nicht blos anarchistisch, es seien darunter auch Vertreter der parlamentarischen Aktion, Parlamentsabgeordnete und Vertreter von Gewerkschaften. (Widerspruch und Beifall.)

Vaillant-Paris (Blanquist) und Allemane-Paris verlangen gegen Millerand noch gehört zu werden, aber es tritt Schluß der Debatte ein.

Gegen den Antrag auf Trennung der französischen Delegation stimmen Belgien, Italien, die Mehrheit der Franzosen und Holländer, ebenso England mit 114 gegen 110 Stimmen. Für den Antrag die übrigen 14 Nationen.

Schluß der Sitzung abends $^1/_2$8 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag Vormittag 9 Uhr.

Fünfte Sitzung. Donnerstag Vormittag 9 Uhr.

Vandervelde-Brüssel übernimmt den Vorsitz: Vor Eintritt in die Tagesordnung müssen wir wohl den Bürgern Vaillant und Allemane noch das Wort zu einer kurzen Erklärung geben; damit ist jedoch dann die Debatte über die Mandate geschlossen. Wir sind nicht hierher gesandt, um etwaige nationale Zwistigkeiten auszugleichen, sondern um die gemeinsamen Arbeiterklasseninteressen zu vertreten und zu fördern. Er bittet, eine von einem Engländer eingebrachte Adresse mit Akklamation anzunehmen, worin der Kongreß seine Sympathie ausspricht für den Genossen Delory in Lille, der durch die reaktionäre Regierung seines Amtes enthoben wurde, weil er für die Klasseninteressen der Arbeiter eingetreten sei, und ferner die sozialistischen Arbeiter des Norddepartements auffordert, unentwegt weiter zu kämpfen gegen die reaktionären Ausbeuterparteien und die kapitalistische Regierung.

Vaillant giebt im Namen von 52 Franzosen die Erklärung ab, daß die französische Delegations-Mehrheit keine anarchistische sei; sie lehne nur ab, die einzelnen Delegirten auf ihre persönliche politische Ueberzeugung zu kontrolliren. Wenn die Anarchisten sich als Anarchisten bekennen würden, würden sie ausgeschlossen werden; als Vertreter von Gewerkschaften müssen wir mit ihnen tagen. Wir arbeiten mit ihnen, gerade um ihren Einfluß in den Gewerkschaften zu bekämpfen und zu brechen. Im Uebrigen stehen wir auf dem Boden des Klassenkampfes. Wir bedauern die Trennung, weil sie böse Konsequenzen für die sozialistisch-revolutionäre Agitation in Frankreich selber nach sich ziehe. Aehnlich äußert sich Allemane. Der Kongreß tritt in den ersten Punkt der Tagesordnung ein: **Agrarfrage.** Hierzu liegt folgende Resolution vor:

> Die Mißstände, welche die kapitalistische Ausbeutung der Landwirthschaft für die Bebauer des Bodens wie für die gesammte Gesellschaft in stets steigendem Maße hervorruft, können ihre endgiltige und vollkommene Beseitigung nur in einer Gesellschaft finden, in der der Grund und Boden gleich den übrigen Produktionsmitteln in Gemeineigenthum verwandelt ist, welches die Gesellschaft im Gemeininteresse auf das rationellste bewirthschaften läßt.
>
> Die Grundeigenthums-Verhältnisse und die Scheidung der Klassen der Landbevölkerung in den einzelnen Ländern sind jedoch zu verschieden, als daß es möglich wäre, eine für die Arbeiterparteien aller Länder bindende Regel aufzustellen in bezug auf die Mittel, die zu diesem Ziele führen, und in bezug auf die Klassen der Landbevölkerung, die dafür zu interessiren sind.
>
> Dagegen aber ist es für jede Arbeiterpartei die erste und wichtigste agrarpolitische Aufgabe, das Landproletariat in seinem Klassenkampf gegen seine Ausbeuter zu organisiren.

Ausgehend von diesen Grundsätzen überläßt es der Kongreß jeder Nation, zur Erreichung des gemeinsamen Zieles die Taktik und die Mittel festzusetzen, die der Eigenart ihres Landes am besten entsprechen.

Der Kongreß erklärt es für wünschenswerth, daß in jenen Ländern, in denen von den Arbeiterparteien Kommissionen zum Studium der Agrarfrage eingerichtet sind oder eingerichtet werden, diese Kommissionen einander bei ihren Arbeiten durch Zuweisung und Austausch von Material u. s. w. unterstützen.

Vandervelde, an dessen Stelle Ferri den Vorsitz übernimmt, ist Berichterstatter der Kommission: Bei der großen Verschiedenheit der Agrarverhältnisse in den einzelnen Ländern mußte die Kommission sich selbstverständlich nur auf die allgemeinen, hervorstechendsten Merkmale beschränken. Einig waren wir darin, daß es jeder Nation überlassen bleiben müsse, welche Forderungen sie stellen und wie sie die ländliche Bevölkerung für die sozialistische Propaganda gewinnen will. Einig war die Kommission ferner, daß es im Interesse der sozialistischen Propaganda angebracht sei, agrarische Studienkommissionen zu bilden, damit diese das gesammte Material, Dokumente, Statistiken austauschten, um so Licht zu verbreiten über die äußerst verwickelten und verschiedenartigen Verhältnisse und sich klar zu werden, welche Methoden sich am besten eignen zur Propaganda und Aufklärung. Erfreulicherweise könne konstatirt werden, daß sämmtliche Mitglieder der Kommission einig waren in der Grundforderung: Ueberführung des Grund und Bodens (wie sämmtlicher Produktionsmittel) in den Gemeinbesitz der Gesellschaft. Dagegen müsse man in allen Einzelfragen den einzelnen Nationen möglichst freie Hand lassen, denn die Agrarverhältnisse seien in den Ländern zu verschiedenartig. Die Engländer kennen die Agrarfrage nur in der Form des großen, in einer Hand zusammengedrängten Großgrundbesitzes. Belgien und Frankreich hingegen müssen rechnen mit einem weit ausgedehnten Gebiet des zerstückeltsten Kleinbesitzes, mit Kleinbauern und Pächtern, die fest an ihrer Scholle kleben oder, um mit Marx zu sprechen, wie die Schnecken mit ihrem Haus verwachsen sind; Rußland habe noch eine Reihe von Ueberbleibseln aus dem kommunistischen Gemeinbesitz — kurz: überall sind die Ackerbau- und Grundbesitzverhältnisse je nach wirthschaftlicher und historischer Entwickelung verschieden. Die Agrarfrage ist erst noch im Werden, wir können daher keine bindenden internationalen Maßregeln vorschlagen. Aber darin sind wir einig, daß die von uns einzuschlagende Taktik immer gehalten sein muß unter dem Gesichtspunkt des sozialistischen Ideals der Grund- und Boden-Verstaatlichung. Wir glauben also, es sei nicht unsere Aufgabe, in erster Linie ein sogenanntes Aktionsprogramm auszuarbeiten und können absehen von besonderen Einzelvorschlägen für Kleinbauern und Pächter. Unsere Aufgabe ist in erster Linie — darin war die Kommission ebenfalls einstimmig — die Aufklärung und Gewinnung der Massen der Landproletarier, diesen wahren Lastthiere der Gesellschaft, dieser versklavtesten Kategorie des Proletariats! Ueberall drängen die Verhältnisse darauf, daß die sozialistischen Parteien sich mit der Agrarfrage beschäftigen müssen. Nothwendige Voraussetzung für den Sieg des Sozialismus sei der Zusammenschluß des städtischen und ländlichen Proletariats; so lange diese Einigkeit nicht erreicht sei, sei die Herrschaft der Gegner gesichert. Daher ihre Hoffnung auf den antikollektivistischen Bauernschädel, auf die Bauernsöhne, die als Soldaten die Brustwehr der kapitalistischen Ausbeutung bilden sollen. Wir müssen daher Aufklärung in die Köpfe der reaktionären Landbevölkerung schaffen, damit auch unterm Soldatenrock das Herz des Landproletariers schlägt für die Interessen seiner mitausgebeuteten Brüder in der Industrie.

Für die englische Kommissionsminderheit führt Pearson (Sozialdemokratische Federation) aus: Die Minorität wolle nicht in Gegensatz treten zur Majorität, sondern nur deren Vorschläge ergänzen. Man müsse auch prak-

tische Einzelvorschläge bringen, die, wenn sie nur Palliativmittel sein können, doch für den Augenblick eine Besserung bedeuteten. Sie wolle auch nicht in Gegensatz zu den Sozialisten treten, sie seien ja selber Sozialisten. Aber der Majoritätsbeschluß sei zu allgemein, ihm müsse jede Sachkenntniß der Agrarverhältnisse abgesprochen werden; er bitte daher um Beachtung für den

Minoritätsbericht der britischen Delegirten der Agrar-Kommission:

Die britischen Delegirten sind in Uebereinstimmung mit dem von der Kommission gefaßten Beschluß mit Ausnahme der letzten Paragraphen. Sie halten es aber für nöthig zu erwähnen, daß die von ihnen eingebrachten Anträge von der Kommission verworfen worden sind. Diese zurückgewiesenen Anträge lauten:

„a) Abgesehen von der direkten Ausbeutung der Landarbeiter durch die Grundeigenthümer und Kapitalisten, werden die Landarbeiter in verschiedenen Ländern noch besonders bedrückt dadurch, daß ihnen die Vertheilung des Ueberschusses ihres Arbeitsproduktes unter die Mitbürger erschwert wird durch den Umstand, daß die Eisenbahnen wie die übrigen Verkehrsmittel und auch die Märkte im kapitalistischen Privatbesitz sich befinden, und die Hindernisse, welche der wirthschaftlichen Ausnutzung des Landes im Wege stehen, können nur durch Vergesellschaftung der oben genannten Verkehrs- und Austauschmittel beseitigt werden.

b) Da in vielen Ländern die Entwicklung des kapitalistischen Systems zu einer beträchtlichen Verschiebung der Landarbeit geführt hat, ist dieser Kongreß der Meinung, daß die Zeit gekommen ist, wo diese Arbeit von den am besten dazu geeigneten öffentlichen Behörden systematisch auf dem Lande organisirt werden muß."

Der Antrag wurde verworfen, aber es wurde beschlossen, ihn der Industriekommission zu übermitteln, die also antwortete:

„Die Gewerbe- und Industrie-Kommission ist der Meinung, daß der von der Ackerbau-Kommission ihr übermittelte Antrag von ihr nicht in Betracht gezogen werden kann, weil dieser Antrag ganz wesentlich in das Bereich der Agrar-Kommission gehört. (gez.) Henry Polak."

Der Vorsitzende der Industrie-Kommission hat jedoch seitdem mitgetheilt, daß der zurückgewiesene Antrag ihre Beachtung finden wird.

c) Daß diese Kommission die Kommission über Erziehungswesen ersucht, in ihre Anträge an den Kongreß eine Resolution aufzunehmen, in der die Unterrichtsbehörden der verschiedenen Länder ersucht werden:

1. einen Elementarunterricht in der Landwirthschaft in allen öffentlichen Schulen einzurichten;

2. sich mit den anderen staatlichen, kommunalen ꝛc. Behörden in Verbindung zu setzen, um ein ausreichendes System des technischen landwirthschaftlichen Unterrichts einzuführen.

Diese Resolutionen wurden aus dem Grunde abgelehnt, weil sie nicht in die Kompetenz der Kommission fielen oder weil sie den Bedürfnissen verschiedener Länder nicht entsprächen. Was den ersten Einwand betrifft, so sind wir der Meinung, daß die Kommission jede wichtige Seite der in Rede stehenden Frage zu erwägen hätte. In Bezug auf den zweiten Punkt geben wir zu, daß die Agrarfrage für die verschiedenen Länder eine verschiedene ist; wir erklären deshalb, daß wir entschieden die so stark ausgesprochene Abneigung der nichtenglischen Delegirten mißbilligen, etwas zu diskutiren, das außerhalb des Bereiches der Hauptresolution lag.

Endlich beantragen wir im Interesse künftiger Kongresse, daß jede Kommission unabhängige und offizielle Uebersetzer erhält.

Thas. M. Watt. W. G. Pearson.

Lafargue-Paris war von vornherein überzeugt, daß der Kongreß auch in der Agrarfrage sich nicht trennen werde, aber er habe breite, langwierige Debatten gefürchtet. Nun zeige sich erfreuliche Uebereinstimmung in der Grundanschauung, die Minderheit habe nur Zusatzanträge im Auge. Mögen die Gegner der Arbeiterklasse noch so höhnen über die Uneinigkeit und Zerfahrenheit der bisherigen Geschäftsordnungs-Debatte, dafür sei in der Kommission um so

fleißiger gearbeitet worden und die Bourgeoispresse dürfte über diese Einheit in dieser Frage sehr enttäuscht sein. Bisher hat die Lohnfrage, die Frage des Industrie-Proletariats im Vordergrunde gestanden; immer mehr werden wir von der Nothwendigkeit überzeugt, die Agitation auch aufs Land hinaus zu tragen. Der Liller Kongreß habe sich sehr eingehend mit der Agrarfrage beschäftigt, wie denn überhaupt die französische Arbeiterpartei die erste gewesen sei, die mit großem Erfolge unter der ländlichen Bevölkerung für den Sozialismus propagirt habe. Die politisch vernachlässigte Landbevölkerung sei die letzte Hoffnung der Reaktion, ihre letzte Stütze — gewinnen wir diese für uns, und die Welt ist unser!

Schoenlank: Die Resolution mußte, um die Stimmen aller sozialistischen Parteien zu vereinigen, sich auf die allgemeinen Grundsätze beschränken. Wir sind selbstverständlich für die Verstaatlichung nicht blos von Grund und Boden, sondern auch der Verkehrs- und Transportmittel; aber wir müssen zugleich davor warnen, allzu große Hoffnung an diese Verstaatlichung innerhalb und durch den heutigen Klassenstaat zu setzen. Deutschland hat beispielsweise die Verstaatlichung der Verkehrsmittel, der Eisenbahnen, schon längst durchgeführt, aber was ist das Resultat derselben: die Ausbeutung zu fiskalischen und militärischen Zwecken in vollendetster kapitalistischer Form. Die Verstaatlichung ist auch nicht gleichbedeutend mit Demokratisirung der Verkehrsmittel — im Gegentheil: Bismarck hat die Verstaatlichung durchgeführt gegen die demokratische Kontrolle, zur Verstärkung des Absolutismus. Die englische Minorität will bei dieser Gelegenheit zugleich auch das Problem der industriellen Arbeitslosigkeit lösen oder mindestens die Zahl der Arbeitslosen vermindern. Aber die vorgeschlagenen Maßregeln sind höchst fragwürdiger Art. Die Verpflanzung der Arbeitslosen aufs Land, die Anlegung von Arbeiterkolonien sind längst von den preußischen und deutschen Junkern ersehnt — aber sie wollen die überschüssigen industriellen Arbeiter nur deshalb aufs Land abschieben, um billige Arbeitskräfte zu rücksichtsloser Ausbeutung zu haben, die auch politisch wehrlos sind. Auch der Forderung des landwirthschaftlichen Unterrichts stehen wir nicht grundsätzlich feindlich gegenüber, denn wir fordern den Fachunterricht, vermögen aber nicht einzusehen, welch' praktischen Zweck der landwirthschaftliche Unterricht in den Städten für die Industriearbeiter haben soll, die gezwungen sind, ihr ganzes Leben in den Industriezentren zubringen zu müssen. Da die Engländer aber in der sozialistischen Grundauffassung mit uns einig gehen, sind diese Amendements im Grunde nebensächlicher Art.

Seidel-Zürich beantragt: im ersten Absatz statt „kapitalistische Ausbeutung" zu setzen: „Kapitalismus und kapitalistische Ausbeutung".

Lafargue will im dritten Absatz den Ausdruck: „Klassen der Landbevölkerung" ersetzt wissen durch: „Schichten der Landbevölkerung". Der Kongreß stimmt diesen redaktionellen Aenderungen bei und dann wird die ganze Agrar-Resolution einstimmig angenommen, das Amendement (Minoritäten-Resolution) der Engländer gegen eine kleine Minderheit abgelehnt.

Um 1 Uhr wird die Sitzung auf 3 Uhr vertagt.

Sechste Sitzung. Donnerstag Nachmittag 3 Uhr.

Vorsitzender Vandervelde. Nach Verlesung einer Reihe von Zustimmungserklärungen und Depeschen wird eine Resolution angenommen, einem Londoner Richter die Verachtung des Kongresses auszudrücken und ihn der Lächerlichkeit zu überliefern, weil er in einem Prozesse gegen streikende Arbeiter gestern die Erklärung abgegeben habe, die Kraft und Stärke, welche die Arbeiter aus der gewerkschaftlichen Vereinigung zögen, sei die Kraft von wilden Bestien. Die schweizerische Delegation bringt eine Resolution ein, worin

der Kongreß seine Freude ausspricht, daß heute zum ersten Male auf einem Internationalen Arbeiterkongresse wirklich Arbeiter-Organisationen in Rußland vertreten seien; der Kongreß soll die Arbeiter in Rußland fernerhin auffordern, den Kampf gegen den russischen Despotismus als den Hort der Reaktion fortzusetzen bis zu dessen Sturz.

Ein französischer Delegirter schlägt vor, statt den Hort der Reaktion zu sagen: „einen der Horte der Reaktion". Beide Resolutionen wurden unter dem Jubel des Kongresses einstimmig angenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung kommt zur Verhandlung: **Die politische Aktion.**

Im Namen der 9 holländischen Delegirten erklärt Nieuwenhuis, die Mehrheit der holländischen Delegirten wollen nicht mehr an den Berathungen des Internationalen Arbeiter-Kongresses theilnehmen, weil sie der Meinung sind, daß die ökonomischen Grundlagen der alten Internationalen mehr und mehr verlassen und in rein parlamentarische verwandelt werden. Sie verlassen den Kongreß, der sich so sektirerisch, intolerant und parteiisch gezeigt habe, der auch kein internationaler mehr sei, denn die zurückbleibende Minderheit könne nicht als Vertreterin der holländischen Arbeiterbewegung betrachtet werden.

Die Erklärung Nieuwenhuis wird von den deutschen Delegirten mit ironischem Beifall, von den übrigen Nationen mit Schweigen aufgenommen.

Vliegen (für die holländische Minderheit): Die Vertreter der holländischen Sozialdemokratie werden den Kongreß nicht verlassen (Beifall), sondern es sich zur Ehre machen, so oft und so lange mit den Vertretern der internationalen Arbeiterschaft zusammen zu arbeiten, als es uns möglich ist. Da die holländische Majorität gar keine Besprechungen veranstaltet, konnten wir auch in keiner Kommission vertreten sein (Zurufe: Das ist Nieuwenhuis'sche Toleranz!), wiewohl gerade wir Holländer z. B. an der Kolonialfrage ganz besonderes Interesse haben. Man hat uns Minderheit eine bloße Succursale der deutschen Sozialdemokratie genannt; wir haben unsere Augen immer auf die internationale Arbeiterbewegung gerichtet. Und wenn wir klein sind, so haben wir auch nie beansprucht, für groß genommen zu werden. (Zuruf: wie andere Leute! Größenwahn!) Wir wissen, daß wir klein sind, aber wir werden arbeiten, damit wir groß werden!

Ein französische Anarchistin, Frl. Lacombe erklärt, ebenfalls den Kongreß zu verlassen, wenn nicht auch ihre ausgeschlossenen Freunde zugelassen werden.

Vorsitzender: Wir treten in die Tagesordnung ein; das Wort hat der Berichterstatter Lansbury. (Heiterkeit.)

Lansbury glaubt sich auf rein informatorische Mittheilungen beschränken zu sollen. Er bittet um Annahme folgender Resolutionen:

I.

Dieser Kongreß versteht unter politischer Aktion alle Formen des organisirten Kampfes zur Eroberung der politischen Macht und die Ausnützung der Gesetzgebungs- und Verwaltungs-Einrichtungen in Staat und Gemeinde durch die Arbeiterklasse zum Zwecke ihrer Emanzipation.

II.

Der Kongreß erklärt, daß das wichtigste Mittel zum Zwecke der Emanzipation der Arbeiter als Menschen und Bürger und der Aufrichtung der internationalen sozialistischen Republik die Eroberung der politischen Macht ist, und er fordert die Arbeiter aller Länder auf, sich zu vereinigen und unabhängig von allen bürgerlichen Parteien zu fordern:

1. das allgemeine Stimmrecht für alle Erwachsenen;
2. das gleiche Stimmrecht für jeden Erwachsenen;
3. die Stichwahl;
4. Initiative und Referendum in Staat und Gemeinde.

III.

Der Kongreß erklärt, daß er für volles Selbstbestimmungsrecht aller Nationen eintritt und mit den Arbeitern jeden Landes sympathisirt, das gegenwärtig unter dem Joche des militärischen, nationalen oder anderen Despotismus leidet, er fordert die Arbeiter aller dieser Länder auf, in die Reihen der klassenbewußten Arbeiter der ganzen Welt zu treten, um mit ihnen gemeinsam für die Ueberwindung des internationalen Kapitalismus und die Durchsetzung der Ziele der internationalen Sozialdemokratie zu kämpfen.

IV.

Der Kongreß erklärt, daß die Emanzipation der Frau untrennbar ist von der Befreiung der Arbeiterklasse und fordert darum die Frauen in allen Ländern auf, Seite an Seite mit den Arbeitern zu kämpfen und sich mit ihnen gemeinsam politisch zu organisiren.

V.

Der Kongreß erklärt: Was immer die religiösen oder zivilisatorischen Vorwände der Kolonialpolitik sein mögen, sie hat stets nur die Erweiterung des Gebietes der kapitalistischen Ausbeutung im ausschließlichen Interesse der Kapitalistenklasse zum Zwecke.

Tortellier (Pariser Anarchist): Auch er habe früher an die Wirksamkeit der politischen Aktion geglaubt, heute wisse er, daß die Volksvertreter nur Ehrgeizige seien, die ihre Versprechungen nicht eingelöst haben. Daher will heute das französische Volk in seiner Mehrheit nichts mehr vom Parlamentarismus und politischen Kampf wissen, sondern führe den wirthschaftlichen und gewerkschaftlichen Kampf für seine Befreiung. Wenn die Arbeiter einig wären, wäre der Sieg bald erreicht, und sie hätten ein gutes Mittel dazu in der Hand: sie sollten keinen Miethszins mehr zahlen, dann sei das Hauseigenthum abgeschafft.

Jaurès: Im Namen der 47 sozialistischen französischen Delegirten müsse er die Behauptung zurückweisen, als habe das französische Proletariat das Interesse an der politischen Aktion verloren. Im Gegentheil: immer größer werde bei den Wahlen die Zahl der Arbeiterstimmen; immer größer die Zahl ihrer Vertreter, immer stärker ihr politischer Einfluß. Niemals hätten die Arbeiter z. B. bei den Gemeinderathswahlen soviel Stimmen und Sitze erhalten als bei den Wahlen am 1. Mai d. J.! Und mit jeder neuen Wahl steigen die Arbeiterstimmen! Das liefere auf der anderen Seite aber auch den Beweis, daß die parlamentarischen Vertreter der Arbeiter ihre Pflicht thun, ihre Versprechen erfüllen. Und nicht bloß darin hätten sie ihre Pflicht gethan, daß sie immer eingetreten für wirthschaftliche Reformen, als soziale Wegzehrungen auf dem Wege des Kampfes, sondern seit den 3 Jahren, daß sich die sozialistische Kammerfraktion konstituirt habe, haben sie fortwährend auf der Bresche gestanden gegen jeden Versuch der Reaktion wider die Arbeiterklasse. Gerade die angeblich berufensten Vertreter der Gewerkschaften müßten wissen, wie nothwendig und unerläßlich der politische Kampf für die wirthschaftliche Befreiung sei. Ohne diesen tapferen politischen Kampf hätten heute in Frankreich die Arbeiter keine Rede-, keine Vereins-, keine Versammlungsfreiheit mehr! Warum konnte Dupuy die Arbeitsbörse schließen? Warum anders, als weil die politische Macht der Arbeiterklasse schwächer war als jene der Bourgeoisie: Diese Thatsachen müßten jeden belehren über den Werth der politischen Aktion. Man habe die Arbeiter auf die Streiks als Erlösungsmittel hingewiesen, diesen Krieg mit den gekreuzten Armen gegen den Kapitalismus. Man habe die Sozialisten für diese Streiks verantwortlich gemacht. Das sei natürlich falsch, aber vermöge der höheren Einsicht in die wirthschaftlichen Beziehungen hätten sie die Nothwendigkeit solcher Kämpfe vorausgesehen und wenn sie unvermeidlich geworden, seien sie stets auf seiten der Arbeiter gewesen. Daher sei es falsch, wenn behauptet werde, die politischen Vertreter der Arbeiterklasse hätten

ihre Versprechungen nicht erfüllt. Nicht bloß für wirthschaftliche Reformen seien sie eingetreten, sondern sie hätten auch überall im Lande dafür gearbeitet, daß die Arbeiter aufgeklärt werden, daß die politische Aktion nicht mehr das gefährliche Werkzeug sei, sondern aus einem Mittel der Unterdrückung ein Mittel zur Befreiung, zur Abschaffung der Klassenherrschaft werde.

Jaurès' Rede wird von rauschendem Beifall des ganzen Kongresses wiederholt unterbrochen und von den Engländern mit Tücherschwenken und Hüteschwenken begrüßt.

Hennessey (englischer Gewerkschaftler) beantragt in der Resolution II die Worte zu streichen: „unabhängig von allen bürgerlichen Parteien".

Steadman (Fabier) unterstützt diesen Antrag: er sei Sozialist und Gewerkschaftler, stimme auch mit der Resolution im Ganzen überein, wie aber die Verhältnisse heute in England liegen, müsse er bei Wahlen als Kandidat auch mit anderen Parteien gehen können; die Arbeiter müßten freie Hand behalten. Aber er sei ganz damit einverstanden, daß die Tradesunionisten mehr als bisher in den politischen Kampf eintreten, wiewohl er finde, daß zwischen einem Radikalen und einem Arbeiterkandidaten bei den Wahlen kein Unterschied sei.

Peter Curran (Glasarbeiter) tritt ihm energisch entgegen. Er schließt sich ganz den Ausführungen Jaurès' an; die englischen Arbeiter müßten sich endlich von den bürgerlichen Parteien emanzipiren, gleichviel wie diese sich nennen, ob sie Radikale oder sogenannte Arbeiterkandidaten seien, sie müßten wie die Deutschen, Franzosen, Belgier u. s. w. sich selbstständig als politische Partei auf dem Boden des Klassenkampfes organisiren.

Bebel (mit rauschendem Beifall begrüßt): Nach Jaurès' vortrefflichen Ausführungen hieße es Wasser ins Meer tragen, wenn er noch ausführlich über die Nothwendigkeit des politischen Kampfes, der Betheiligung an den Wahlen sprechen wollte. Nicht dazu habe er sich zum Wort gemeldet, sondern um gegen den Antrag Hennessey zu sprechen an der Hand der Erfahrungen der deutschen Partei bei den Wahlen in den letzten 25 Jahren. Ohne Anmaßung könne er von der deutschen Sozialdemokratie behaupten, daß keine Partei so konsequent und unentwegt im Kampfe gestanden habe, wie sie, seit dem Tage, da sie auf dem Kampfplatze erschienen. Als ihr vor 25 Jahren, nicht aus eigener Macht, sondern durch die politische Entwickelung Deutschlands das Wahlrecht in den Schooß gefallen sei, da habe es in ganz Deutschland keinen Menschen gegeben, der sich gegen die Theilnahme am Wahlkampf ausgesprochen hätte. Und gerade durch diese Betheiligung an der politischen Aktion und wesentlich durch den politischen Kampf sei die deutsche Sozialdemokratie aus einem kleinen, verachteten, verleumdeten Häuflein die stärkste der politischen Parteien im Reiche geworden. $1^3/_4$ Millionen Stimmen! Dieser Erfolg habe die Regierung und die bürgerlichen Parteien geradezu konsternirt. Alles was in Deutschland in wirthschaftlicher und politischer Beziehung für die Arbeiterklasse geschehen sei, sei durch die Sozialdemokratie, durch ihre politische Aktion, ihren politischen Einfluß errungen worden. Und die deutsche Arbeiterklasse habe daher kein Verständniß für die Forderung der Wahlenthaltung, ihre Parole sei: Mehr wählen! Je häufiger, desto besser! Warum haben denn Regierung und bürgerliche Parteien die Legislaturperioden von 3 auf 5 Jahre verlängert? Aus Liebe zu den Arbeitern? Nein, aus Furcht vor den Arbeitern, aus Furcht vor der Aufregung und Aufklärung, welche die Wahlagitation mit sich bringen. Die bürgerlichen Parteien wollen die Wahlkämpfe so selten als möglich. Und wir könnten unseren Gegnern keinen größeren Gefallen thun, als wenn wir die Taktik der Anarchisten acceptiren, auf das Wahlrecht zu pfeifen! Sie würden uns um den Hals fallen und uns loben, wie niemals Arbeiter gelobt worden sind. Also nicht

Verzicht, Ausdehnung des Wahlrechts ist unsere Forderung. Noch ein Beispiel mag dazu beigebracht werden, wessen Absichten und Zwecken wir dienen würden, wenn wir die Abstentionspolitik der Anarchisten befolgen würden. In Sachsen haben wir die Majorität sämmtlicher Wähler und aus Angst vor der Sozialdemokratie haben Regierung und bürgerliche Parteien der Sozialdemokratie das Wahlrecht entzogen. Wenn die Gegner so über den Werth der politischen Aktion seitens der Arbeiterklasse urtheilen — da sollen wir verzichten? Das wäre der größte politische Fehler.

Und nun ein paar Worte an die englischen Freunde. Der Antrag Hennessey ist für die deutschen Arbeiter unannehmbar. Redner führt aus, wie die deutschen Arbeiter schon seit längerer Zeit mit Bedauern gesehen, daß ein großer Theil der englischen Arbeiter noch allzusehr im Schlepptau der bürgerlichen Parteien sich befänden. Er fordert sie auf, sich zu organisiren und selbständig in den Kampf einzutreten: Ihr braucht nur zu wollen, und Ihr seid hier in England die Herren des Staates, der Gesellschaft! Geht Euren Brüdern des Kontinents voran und die Fahne des Sozialismus wird siegen. (Die englischen Delegirten jubeln diesen Ausführungen zu.)

Ferri (Italien): Auch er müsse gegen Tortellier's Behauptung protestiren, daß die italienischen Arbeiter den politischen Kampf aufgegeben hätten. Das Gegentheil sei der Fall. Während bei den letzten Wahlen die Stimmen der klassenbewußten Arbeiter 25 000 betrugen, erhoben sie sich bei den diesmaligen auf 80 000 und die Zahl der Abgeordneten von 5 auf 15. Diese Theilnahme am politischen Kampf sei auch von großer erzieherischer Wirkung nicht blos für die Einzelnen, sondern auch für die Gesammtheit. Sie hätten dafür ein ganz bezeichnendes Beispiel. Einer der sozialistischen Delegirten hatte jüngst für die Regierung gestimmt, nicht aus Liebe zu ihr, sondern aus rein taktischen Augenblicksgründen. So große Opfer dieser Abgeordnete für die Partei gebracht, so groß sein Ansehen, seine Beliebtheit, er wurde dennoch gezwungen, sich dem Kongreß gleichsam zu Gericht zu stellen und seine Haltung zu desavouiren. Dieser erzieherische Einfluß, diese Unterordnung unter die Disziplin der Gesammtheit sei doppelt nothwendig in südlichen Ländern, wo man sehr geneigt sei, sich an revolutionär-romantischen Phrasen zu berauschen, diese Disziplin sei nothwendig, damit endlich die Vereinigung der Proletarier des Kopfes und der Hand sich vollzieht, die vereinzelt wehrlos gegen den Kapitalismus, vereinigt ihn stürzen. (Großer Beifall.)

Es tritt Schluß der Diskussion ein. Das Amendement Hennessey wird nur von einer kleinen Zahl englischer Gewerkschaftler unterstützt, die Resolutionen der Kommission finden nahezu einstimmige Annahme.

Siebente Sitzung. Freitag Vormittag 10 Uhr.

Vaillant (Vorsitzender): In der englischen kapitalistischen Presse sind Nachrichten verbreitet, daß am Kongreß englische Sektionen vertreten seien, die nur aus Präsident und Sekretär bestehen. Ebenso seien Nachrichten verbreitet, daß die englischen Gewerkschaften sich vom Kongreß zurückziehen wollten. Er sei ermächtigt, offiziell zu erklären, daß all' das Lügen seien, die nur dem Aerger entspringen über den prächtigen Verlauf der gestrigen Sitzung.

Der Kongreß tritt in die Tagesordnung ein: **Frage der Erziehung und körperlichen Entwicklung.** Die Kommission, deren Referent Sidney Webb ist, bringt folgenden Bericht ein:

Die Kommission für Erziehung und körperliche Entwicklung giebt ihrer Ueberzeugung Ausdruck, daß die vorliegende Frage von größter Bedeutung ist für die sozialistische Bewegung und die Wohlfahrt und die Befreiung der Arbeiterklasse der ganzen Welt. Die herrschende Wirthschaftsordnung der

kapitalistischen Ausbeutung hemmt die physische Entwicklung der Kinder der Masse, beraubt sie jener gesunden Muße, welche die Vorbedingung einer harmonischen Entwicklung ist und macht es ihnen unmöglich, sich die Bildung und das Wissen anzueignen, welche das gemeinsame Erbtheil des gesammten menschlichen Geschlechts sind. Unter den herrschenden Verhältnissen mühen sich die proletarischen Eltern vergebens, ihren Kindern die Möglichkeit genügender Nahrung und Bildung zu sichern, ohne welche weder ein gesundes Familienleben noch eine gut organisirte Gesellschaft möglich ist.

Ferner: die Tendenz des kapitalistischen Unternehmers, die Arbeit von Erwachsenen durch die Arbeit von Kindern und jugendlichen Personen zu verdrängen, bedroht in ernster Weise die Lebenshaltung sogar der bestorganisirten Arbeiter, während die Verwendung kindlicher und jugendlicher Arbeitskräfte ein Sinken der Löhne bewirkt und somit den betreffenden Familien selbst keinen materiellen Vortheil bringt. Da endlich der künftige Wohlstand der Gesellschaft von der Entdeckung weiterer wissenschaftlicher Wahrheiten abhängt, besonders solcher, welche für das wirthschaftliche, industrielle und soziale Leben von Bedeutung und Einfluß sind, so liegt es im Interesse der Sozialisten aller Länder, mit aller Energie dafür einzutreten, daß aus öffentlichen Mitteln wissenschaftliche Forschungen und Untersuchungen gefördert werden.

Die Kommission unterbreitet daher dem Kongreß folgende Forderungen zur Beschlußfassung:

1. Der Kongreß erkennt zwar in Sachen der Erziehung den Werth der individuellen Leistung an, erklärt es aber für eine wesentliche Pflicht der öffentlichen Gewalten eines jeden Landes, ein vollständiges Unterrichts- und Erziehungssystem zu schaffen, das unter demokratischer Kontrolle steht und alle Bildungsanstalten, vom Kindergarten bis zur Universität, umfaßt (physische, wissenschaftliche, künstlerische, technische [Handarbeitsunterricht] Ausbildung). Diese Bildungsanstalten sind absolut unentgeltlich, und die öffentlichen Gewalten kommen für die Unterhaltungskosten der Zöglinge auf, damit die geschaffenen Einrichtungen allen Gesellschaftsgliedern zugänglich sind.

2. Die Schüler nehmen eine Mahlzeit am Tage gemeinschaftlich ein, wie in den Schulkantinen, und ohne daß ein Unterschieb zwischen reich und arm gemacht wird. Zweckentsprechende Einrichtungen sorgen mit Berücksichtigung der besten Methoden für den vollständigen Unterhalt und die Erziehung der Waisen und bedürftigen Kinder.

3. Das Minimalalter, in welchem Kinder nicht mehr dem vollen Unterricht beiwohnen müssen, und in welchem sie das Gesetz zur Arbeit in Fabriken und in der Hausindustrie zuläßt, ist stufenweise, aber sobald als möglich in allen Ländern auf 16 Jahre zu erhöhen.

4. Die Verwendung von jugendlichen Personen unter 18 Jahren in ungesunden oder gefährlichen Gewerben bei Nachtarbeit ist ausnahmslos gesetzlich zu verbieten.

5. Um eine allseitige Fortbildung zu ermöglichen und die nicht zu rechtfertigende Ausbeutung jugendlicher Arbeitskräfte durch den Kapitalisten zu beschränken, darf kein Unternehmer jugendliche Personen unter 18 Jahren in Fabriken oder in der Hausindustrie mehr als 24 Stunden pro Woche (Halbzeitler) beschäftigen und der Besuch der Fortbildungsschulen muß ein obligatorischer sein.

6. Der gesetzliche Schutz der Kinderarbeit ist für alle Industrieländer auf Grund internationaler Vereinbarungen einheitlich zu regeln. Der Kongreß konstatirt, daß die verschiedenen Regierungen die gelegentlich der Berliner Konferenz im Jahre 1891 gegebenen diesbezüglichen feierlichen Versprechungen nicht gehalten haben, und daß insbesondere die englische Regierung noch die Kinderarbeit vom elften Jahre an zuläßt.

7. Zum Zwecke eines thatsächlich wirksamen Schutzes und einer erfolgreichen Bildung der Kinder ist es absolut nöthig, daß die im Hause verrichtete Arbeit genau so gesetzlich geregelt und inspizirt wird, wie die Fabrikarbeit. Der Kongreß fordert, daß der Unternehmer, welcher Arbeit in der Wohnung der Arbeiter anfertigen läßt, um sich den Vorschriften der Arbeiterschutz-Be-

stimmungen zu entziehen, für die sanitären und übrigen Bedingungen, unter denen diese Arbeit verrichtet wird, gesetzlich genau so haftbar ist, als ob sie in seiner Fabrik vor sich ginge.

Referent begründet die Resolution in kurzer Weise. Man habe auch hier auf die allgemein anerkannten Grnndsätze sich beschränken müssen: die Kommission war einig darin, daß es Aufgabe der Gesellschaft sei, der Erziehungsfrage viel mehr Beachtung zu schenken, als bisher geschehen. Die Sozialdemokratie vertrete auch auf dem Gebiete des Erziehungswesens die höchsten menschlichen Ideale. Er persönlich halte es aber für falsch, für alle Kinder ausnahmslos Universitätsbildung zu verlangen; es gebe schon zu viele „Buchfresser." Auch die Forderung der Unterhaltungspflichten durch den Staat sei heute undurchführbar und nur im Interesse der Mittelklassen, zu deren Vortheil dann das englische Unterrichts-Budget um 200, das europäische um 2000 Millionen belastet würde.

Emma Ihrer: Bei der Bedeutung des Erziehungswesens für die künftige Gesellschaft müssen die Arbeiterparteien dieser Frage größere Aufmerksamkeit schenken als bisher. Aber solche allgemeine Resolutionen, die auf die Verhältnisse der einzelnen Länder keinen Bezug nehmen, sind nicht geeignet, Wandel zu schaffen. Sie schlage vor, die hier eingesetzte Einziehungskommission bestehen zu lassen und für jedes Land zu erweitern. Diese haben dann die Aufgabe, Broschüren zu verbreiten, welche über die Zustände und Verhältnisse des Schul- und Erziehungswesens Aufklärung geben und die Forderungen der Arbeiterklasse auf diesem Gebiete enthalten. Diese Broschüren würden auch der Agitation unter den Frauen sehr nützen, die Frauen aufklären, damit diese sich den Arbeitern anschließen und die Regierungen zwingen, auf ihre Forderungen einzugehen.

Keir Hardie will nicht die Unterhaltungskosten der Zöglinge durch Stipendien, sondern durch öffentliche Mittel aufgebracht wissen. S. Webb bekämpfe das; aber selbst wenn die Kosten so hoch wären, wie dieser angebe, so wäre diese Ausgabe sehr angebracht, denn durch diese Erhöhung des Bildungsniveaus würde einfach der Militarismus unmöglich gemacht. Sidney Webb wolle nur befähigte Kinder der Armen zulassen; ja, seien denn die Bourgeoissprößlinge alle befähigt? Nein — im Interesse der Gleichheit verlange er für die Armen die gleichen Rechte wie für die Reichen.

Clara Zetkin: Die Kommission hat sich in letzter Stunde dahin geeinigt, den Passus von den Stipendien zu streichen. Daher trage die deutsche Uebersetzung bereits die von Keir Hardie gewünschte Fassung. In Ländern mit demokratischen Einrichtungen hafte gewiß den Stipendien nicht der Charakter der Demüthigung an wie in reakteonären Ländern. Aber wir seien trotzdem dagegen, weil die Arbeiterklasse auf die Ausbildung ein Recht habe. Auch gehen wir nicht so weit wie Keir Hardie; wir wollen, entsprechend unserem Programm, diese Verpflichtung nur für die hierzu befähigten Kinder anerkennen. Heute sind die Kinder der Armen trotz der Befähigung ausgeschlossen durch die Armuth der Eltern. Diese Armuth steht wie der Engel mit flammendem Schwert vor dem Paradies der Bildung und verwehrt den Eintritt, blos weil die Kinder in der Wahl ihrer Eltern nicht vorsichtig genug waren. So lange die Gesellschaft nicht die ganze Unterhaltungspflicht für die zu Erziehenden übernimmt, bleibt jeder Versuch nach dieser Richtung ein Schlag ins Wasser. Wenn Keir Hardie meint, diese Möglichkeit höherer Bildung werde den Militarismus überwinden, so verweise sie auf die Thatsache, daß heute gerade die Träger der Bildung die Anhänger des Militarismus seien. Heute sei eben die Bildung noch eine Waffe gegen die Arbeiterklasse.

Burrows (Sozialdemokratische Federation) erklärt ebenso wie Keir Hardie seine Zustimmung zur deutschen Auffassung, beharrt aber auf der Streichung des Wortes „befähigt".

In der Abstimmung wird der Antrag Keir Hardie mit 14 gegen 6 Stimmen (Deutschland, Dänemark, Schweiz, Oesterreich, Holland, Schweden) angenommen.

Argyriades (Pariser unabhängiger Sozialist) beantragt Streichung des zweiten Punktes betr. die Schulmahlzeiten; er stehe in Widerspruch mit einem in Brüssel gefaßten Beschluß, der die Unterhaltungspflicht der Gesellschaft für alle Kinder ausspricht.

Délory-Lille (soz. Arbeiterpartei Frankreichs) ist nicht gegen die Auffassung Argyriades', glaubt aber, man brauche den Absatz nicht zu streichen, sondern ihm nur den Satz voranschicken: „Indem wir die Organisation eines besseren Gesellschaftssystems erstreben, fordern wir".

In der Abstimmung fällt der Absatz 2; alle übrigen Anträge werden angenommen. Der Antrag Ihrer wird gegen zahlreiche Stimmen der deutschen Delegation angenommen.

In der Schlußabstimmung wird die Gesammtresolution mit großer Majorität angenommen. Die Deutschen stimmen dagegen. Schluß der Sitzung 1 Uhr.

Achte Sitzung. Freitag Nachmittag 3 Uhr.

Glückwunschadressen und Zustimmungsadressen werden verlesen, darunter auch eine des Brüsseler Studentenvereins, der zugleich darüber Mittheilung macht, daß im Jahre 1897 in Brüssel ein internationaler Studenten-Kongreß stattfindet.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung ist: **Organisationsfrage.** Hierüber legt der Referent Gibson (Sozialdem. Federation) im Auftrage der Kommission folgenden Antrag vor:

> Bei Ueberreichung ihres Berichtes wünscht die Kommission zu konstatiren, welchen Resolutionen sie ihre Zustimmung geben konnte.
>
> Wir können die Veröffentlichung einer internationalen Zeitung, wie sie in 2 Anträgen vorgeschlagen worden ist, angesichts der Kosten und der Thatsache, daß alle sozialistischen Zeitungen die Hauptthatsachen über die soziale Frage von allen Ländern enthalten, nicht empfehlen. Dagegen beantragen wir:
>
> I.
>
> 1. Der Kongreß beschließt, daß ein Versuch gemacht werde, ein ständiges internationales Bureau mit einem verantwortlichen Sekretär zu errichten, welches seinen Sitz in dem hierzu passendsten Lande in Europa haben soll.
> 2. Ein kleines Komité wird von diesem Kongreß ernannt mit dem Auftrag, dem nächsten Internationalen Kongresse Vorschläge zur Ausführung des in § 1 Gewünschten zu unterbreiten.
> 3. Dieses Komité soll berechtigt sein, als provisorisches Komité zu handeln. Jede Nation, welche in ihm nicht vertreten ist, hat das Recht, einen Vertreter bis zum nächsten Kongreß zu entsenden.
>
> II.
>
> Der Kongreß anerkennt die wachsende Nothwendigkeit internationaler wirthschaftlicher Information. Er ersucht deshalb alle Nationen, ihren ganzen Einfluß anzuwenden, um die Beschlüsse des Brüsseler und Züricher Kongresses, betr. die Errichtung eines internationalen Informationsbureaus, zur Ausführung zu bringen.
>
> III.
>
> Angesichts der starken Einwanderung nach Amerika, welche dem Kapital die Möglichkeit verschafft, die Löhne zu reduziren und den Widerstand der Arbeiter zu unterdrücken, angesichts ferner, daß viele der Einwanderer früher mit der Arbeiterbewegung ihres Landes in Verbindung standen, in Amerika jedoch (größtentheils aus Unkenntniß) sich der Bewegung nicht anschließen und somit der internationalen Bewegung verloren gehen, empfiehlt der Kongreß, eine Einrichtung zu treffen, durch welche in den europäischen Häfen

und auf Auswandererschiffen Schriften vertheilt werden mit Informationen über die amerikanische Bewegung, ebenso soll eine Anleitung für sozialistische Agitatoren gegeben werden, wie dieselben am besten ihre Landsleute in Amerika organisiren können.

Der Berichterstatter beschränkt sich auf eine ganz kurze Begründung, und da kein Widerspruch erhoben wird, wird sofort zur Abstimmung geschritten und der Kommissionsantrag mit großer Mehrheit angenommen.

Dazu stellt der Berichterstatter den Antrag, den Sitz des ständigen Internationalen Bureaus nach London zu verlegen, während Sanial (Amerikanische sozialistische Arbeiterpartei) die Schweiz vorschlägt. 15 Nationen stimmen für London, 5 für die Schweiz. Das Internationale Bureau hat demnach in London seinen Sitz.

Nächster Punkt der Tagesordnung ist die Berichterstattung über die **Kriegsfrage.** Im Auftrage der Kommission legt Wurm folgende Resolution vor:

Die Hauptursache der Kriege sind in der kapitalistischen Gesellschaft nicht die religiösen oder nationalen, sondern die wirthschaftlichen Gegensätze der besitzenden Klasse in den verschiedenen Ländern. Wie sie Leben und Gesundheit der Arbeiter unabläßig auf dem Schlachtfeld der Arbeit opfert, trägt sie auch keine Scheu, deren Blut fließen zu lassen, um durch Eroberung neuer Absatzgebiete sich neuen Gewinn zu verschaffen.

Die arbeitende Klasse aller Länder hat daher die Aufgabe, dieser Vergewaltigung durch die Kriege genau so entgegenzutreten, wie jeder anderen Vergewaltigung, die von der besitzenden Klasse gegen sie verübt wird.

Zu diesem Zwecke muß sie die politische Macht erringen, um die kapitalistische Produktionsweise zu beseitigen und den Regierungen, den Werkzeugen der Kapitalistenklasse, gleichzeitig in allen Ländern die Mittel zu verweigern, die zur Aufrechterhaltung des gegenwärtigen Zustandes dienen.

Der moderne Militarismus, durch welchen die Völker schon im Frieden ausgesaugt und dessen Kosten vorwiegend auf die arbeitende Klasse abgewälzt werden, vermehrt überdies nicht nur die Gefahr kriegerischer Zusammenstöße zwischen den Nationen, sondern soll nach dem Wollen der herrschenden Klassen gleichzeitig ein Mittel sein zu immer brutalerer Unterdrückung der Arbeiterklasse aller Länder. Deshalb verhallt auch erfolglos der Ruf: „Die Waffen nieder!" wie jeder andere Appell an das Humanitätsgefühl der Kapitalistenklasse.

Nur die Arbeiterklasse kann ernstlich den Willen haben und sich die Macht erringen, den Weltfrieden zu schaffen.

Deshalb fordert sie:

1. Gleichzeitige Abschaffung der stehenden Heere in allen Staaten und Einführung der Volksbewaffnung.
2. Einrichtung von Schiedsgerichten, welche Streitigkeiten zwischen den Völkern friedlich zu schlichten haben.
3. Endgiltige Entscheidung über Krieg oder Frieden direkt durch das Volk für den Fall, daß die Regierungen nicht die Entscheidung des Schiedsgerichtes annehmen,

und sie protestirt gegen die Abschließung geheimer Staatsverträge.

Die Verwirklichung dieser Forderungen ist aber, wie jede ernstliche, zu Gunsten der Arbeiterklasse erhobene, nur dann zu erreichen, wenn die Arbeiterklasse sich maßgebenden Einfluß auf die Gesetzgebung erringt und durch Anschluß an den internationalen Sozialismus die wahre Verbrüderung der Völker herbeiführt.

Wurm: Die Kommission, die eigentlich Friedens-Kommission betitelt werden müßte, hat diese Resolution einstimmig angenommen. Zurückgewiesen wurde dagegen die von zwei französischen Delegirten vertretene Forderung des Generalstreiks, ebenso der Vorschlag, als letztes Mittel zur Erhaltung des Friedens die Anwendung revolutionärer Mittel zu empfehlen. Die Kommission ging im Grunde weiter als alle diese Vorschläge; sie untersuchte die Ursachen des Krieges, kam somit dazu, nicht blos dessen Folgen zu übersehen, sondern

auch die Mittel zu finden für dessen Abwendung. Nicht religiöse und nationale Differenzen bilden die eigentlichen Kriegsursachen, sondern die wirthschaftlichen Gegensätze der verschiedenen Länder. Diese Gegensätze zwischen den verschiedenen Nationen werden verschwinden, sobald die Völker durch den Sozialismus auf den Boden der Interessengemeinschaft gestellt sind. Eben weil die kapitalistische Produktionsweise mit ihrem Kriege aller gegen alle, mit ihrer gewaltsamen Unterdrückung der Arbeiterklasse, die eigentliche Quelle des Krieges ist, deshalb ist auch jeder Appell an die Humanität, jede Friedensbestrebung und jeder Ruf wie: „Die Waffen nieder!“ vergeblich, so human und so ehrlich er auch gemeint sein mag. Nur ein Mittel verspricht Erfolg: Aufhebung der Interessengegensätze, daher ist die einzige Klasse, die den Frieden verbürgt, die Arbeiterklasse, die zu dem Zwecke die politische Macht erobern muß. Die Kommission glaubt aber daneben noch ausdrücklich die in der Resolution aufgeführten Spezialforderungen formuliren zu sollen. Redner schließt mit der Mahnung an die Arbeiterklasse, sich zu organisiren, die politische Macht zu erobern, denn sonst blieben alle diese Forderungen utopisch.

Boicervois-Paris erklärt sich im Namen der französischen Mehrheit gegen die Forderung der Volksbewaffnung, die gleichbedeutend mit Miliz und, wie die Schweiz und Amerika beweise, nichts anderes sei als eine Waffe im Dienste der Bourgeoisinteressen. Auch gegen die Eroberung der politischen Macht erklärt er sich, höchstens sollten die Abgeordneten in erster Linie ihr Mandat dazu benutzen, die Propagirung der revolutionären Mittel zu betreiben. Er stellt dementsprechende Anträge.

Dr. Pankhurst (Manchester. Unabhängige Arbeiterpartei) tritt für Schiedsgerichte ein; England und Amerika seien berufen, in dieser Frage voranzugehen. Auch er ist gegen Volksbewaffnung; man müsse überall den Ruf erheben: Nieder mit den Waffen, es lebe Freiheit und Brüderlichkeit.

Lansbury (Soz. Federation) tritt dieser Auffassung entgegen; die Volksbewaffnung abzulehnen heiße einfach die Demokratie wehrlos der Bourgeoisie ausliefern.

Bays (Soz. Federation) beantragt in Forderung 1 einzuschalten: Allmälige Abschaffung der stehenden Heere u. s. w.

Alle diese Anträge werden abgelehnt.

Belfort Bax (Soz. Federation) spricht dafür, daß blos ein einziges internationales Schiedsgericht gefordert werde. Auch die Volksentscheidung über Krieg und Frieden sei eine verfrühte Forderung. Heute sei jede Regierung in der Lage, das Volk in die Kriegsstimmung hineinzuhetzen; anläßlich der Depesche des Deutschen Kaisers an Krüger sei beispielsweise die Stimmung im englischen Volke eine derartige gewesen, daß die Abstimmung zweifellos für den Krieg eine große Mehrheit ergeben hätte.

Gérault-Richard (Pariser Deputirter) beantragt Wahl des Schiedsgerichts durch das Volk. Dieser Vorschlag findet Annahme. Eine britische Delegirtin, Stanton Blotch von der Fabier-Gesellschaft, beantragt, der englischen und amerikanischen Regierung die Zustimmung des Kongresses auszudrücken, daß sie für jetzt und künftig Streitfragen zwischen den beiden Nationen einem Schiedsgerichte unterwerfen werde.

Sanial (Amerika) mißt den Schiedsgerichten keine Bedeutung bei, für die Bourgeoisie ist Krieg und Frieden nur eine Geldfrage, nur eine Frage des Profits, — je nach dem Falle der Entscheidung.

Es tritt Schluß der Rednerliste ein (Bebel will noch gegen die Auffassung Sanial's polemisiren), die Anregung Blotch wird nicht akzeptirt.

Greulich tritt energisch dafür ein, daß die Entscheidung über Krieg und Frieden dem Volke übertragen werde. Diese Forderung sei die beste Garantie für den Frieden. Bax übersehe, daß das Volk nicht gleichbedeutend

sei mit den Lärmmachern in den Städten. Die Bauern, die Arbeiter, die ihre Söhne für den Krieg hergeben müssen, stimmen nicht für den Krieg. Die Geschichte lehrt dafür ein Beispiel. 1870 habe Napoleon zur Stützung seines wackeligen Thrones eines Plebiszit arrangirt. Und um die Stimmen des Volkes zu gewinnen, habe man den Leuten gesagt, wer für den Frieden stimmen wolle, müsse mit Ja stimmen, nur so habe er die Majorität erschleichen können! Und so werde es immer sein.

Bei der Abstimmung wird der erste Theil des Antrages Bax betreffend Schiedsgericht angenommen, der zweite Theil abgelehnt und somit Punkt 3 der Resolution aufrechterhalten und dann die Resolution bis zum Schluß im Wortlaut der Vorlage angenommen.

Nach einer Reihe geschäftlicher Mittheilungen Schluß der Sitzung 7½ Uhr.

Neunte Sitzung. Sonnabend Vormittag 11 Uhr.

Den Vorsitz übernehmen Sigg (Genf), Vankol (Holland), Adler (Wien) und Plechanow (Rußland). Zwei Resolutionen gelangen ohne Debatte einstimmig zur Abstimmung: Die erste drückt dem morgen in Sofia zusammentretenden dritten bulgarischen Sozialistenkongreß die Sympathie aus. Die zweite drückt das Bedauern des Kongresses aus über die traurigen Vorgänge in Zürich. Der Kongreß macht verantwortlich für diese unseligen Zwiste zwischen Schweizern und Italienern die Bourgeoisie und die Regierung Italiens, welche die Arbeiterschaft in wirthschaftlicher und politischer Sklaverei halten, und sie damit zwingt, ihr Vaterland zu verlassen und auf dem Arbeitsmarkt als Preisdrücker der inländischen Arbeiter zu erscheinen. Diese Vorgänge, die aus dem traurigen Kampf ums Brot herrühren, legen den Arbeitern die Nothwendigkeit auf, mehr als bisher die Organisation der einwandernden Arbeiter in die Hand zu nehmen, damit diese Hand in Hand mit den inländischen Arbeitern sich vereinigen zum Kampf für den Sozialismus.

Einstimmig erklärt der Kongreß seine Zustimmung.

Der Präsident theilt sodann mit, die am letzten Dienstag stattgefundene internationale parlamentarische Konferenz habe beschlossen, es sei von größter Wichtigkeit, daß die Vertreter in öffentlichen Körperschaften in engster Fühlung unter einander bleiben, um in gewissen Fragen einheitlich vorgehen zu können. Dazu sei eine Kommission nothwendig und die Konferenz habe vorgeschlagen, jede Nation soll einen Parlaments- oder Gemeindevertreter in dieselbe entsenden, welcher als vorläufiger Sekretär fungire. Von der deutschen Delegation wurde Bebel mit der Korrespondenz u. s. w. beauftragt. Die Vorschläge seien dem Bürger Vaillant (Paris) mitzutheilen. Der Präsident schlägt noch vor, auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses zu setzen: „Die Lage der Seeleute." Der Kongreß stimmt dem zu.

Nach Verkündung einer Reihe von geschäftlichen Mittheilungen und Zustimmungsadressen tritt der Kongreß in die Tagesordnung ein: **Die Wirthschaftspolitik der Arbeiterklasse.**

Berichterstatter Molkenbuhr: Wenn wir die Resolution überblickten, so werde im Grunde wenig Neues auf diesem Gebiete gefordert. Noch immer bilden die Beschlüsse des Pariser Kongresses die Grundlage, die inhaltlich kaum ergänzt werden könnten. Das sei ein gutes Zeichen für die sozialpolitische Einsicht der Arbeiterklasse. Während die Spießbürger z. B. die großen kapitalistischen Betriebs-Konzentrationen, die Trusts, Ringe für ungeheuerlich ansehen, sie als krankhafte Auswüchse betrachteten, gegen welche man mit der Polizei zu Felde ziehen müßte, wüßten die Arbeiter mit ihnen

zu rechnen als mit den nothwendigen Folge-Erscheinungen der wirthschaftlichen Entwicklung.

Der Kommission lagen, wie gesagt, zahlreiche Vorschläge vor, die für die einzelnen Länder, einzelne Industrien von größter Wichtigkeit sein mochten; aber hier, wo es sich um die Festlegung einer allgemeingiltigen Marschlinie, allgemein giltiger und allgemein verpflichtender Grundsätze sich handelt, konnten diese Einzelvorschläge nicht zum Ausdruck kommen. Die Fabiergesellschaft hatte zum Beispiel das Tabaksmonopol, das Branntweinmonopol, die Verstaatlichung der Lebensmittel-Produktion und des -Handels vorgeschlagen. Referent verweist in scharfer und packender Darstellung auf alle die Momente, die uns in Deutschland veranlaßten, gegen diese Projekte einzutreten, für welche Bismarck aus reaktionär-politischen und finanziell-politischen Gründen geschwärmt habe.

Molkenbuhr geht dann über auf die Forderung der Arbeiterschutz-Gesetze, die oft nur auf dem Papier bestehen. Daher sei es eine der ersten Aufgaben der Arbeiter, sich in festen Gewerkschaften zu organisiren, um die zum Erlaß und zur Durchführung von Arbeiterschutz-Gesetzen nöthige Macht zu erobern und durch eigene Kraft auch die Ueberwachung der Durchführung zu kontrolliren. — Seien heute auch die Pariser Beschlüsse nach wie vor das nächst zu erstrebende Ziel, in erster Linie der Achtstundentag, so müsse doch auch Stellung genommen werden gegen die Versuche der Bourgeoisie, durch die Hinterthür der Hausindustrie und des Schwitzsystems die Arbeiterschutz-Gesetze illusorisch zu machen. Ferner müsse die Arbeiterklasse überall dahin streben, alle die Gesetze und Schranken zu beseitigen, welche dem freien Koalitionsrecht der Arbeiter im Wege stehen. Er bitte daher um Annahme nachstehender Kommissionsanträge:

I.

Der Kongreß erklärt, daß die Arbeiter aller Nationen die Vergesellschaftung der Produktions-, Transport- und Vertheilungsmittel und die Organisation der Produktion unter demokratischer Kontrolle der ganzen Gesellschaft anzustreben habe, um so die Arbeiterklasse und das unterdrückte Volk überhaupt von der Herrschaft des Kapitals zu befreien.

Der Kongreß ist ferner der Ansicht, daß die Nothwendigkeit der nationalen und internationalen Agitation in diesem Sinne jeden Tag sich als dringender erweist in anbetracht des Wachsthums der nationalen und internationalen Kartelle und Ringe, hinter welchen große kapitalistische Organisationen stehen und die die freie Konkurrenz unterdrücken. Petroleum, Garn, gewisse Mineralien, große Eisenwerke werden bereits von Kapitalistengruppen monopolisirt, die sich anmaßen, die Preise und die Löhne nach Belieben festzusetzen. Solche kapitalistische Riesenorganisationen können von den einzelnen Gewerkschaften oder durch vereinzeltes politisches Vorgehen nicht mit Erfolg bekämpft werden. Umfassendere Organisationen der Arbeiter sind unerläßlich, um diesen großen Vereinigungen entgegentreten zu können. Der Kongreß empfiehlt deshalb, daß die Länder, in welchen die Arbeiterparteien das Vorgehen der Trusts und Kartelle bereits planmäßig verfolgen, eine internationale Agentur schaffen, welche die Machinationen dieser kapitalistischen Verbindungen kontrolliren und auf die Vergesellschaftung dieser Unternehmungen vermittelst nationaler und internationaler Gesetzgebung hinarbeiten soll.

Anstatt dem Wohle der Allgemeinheit zu dienen, wird die zunehmende Reichthumsproduktion zur Ursache der nationalen und internationalen Krisen. Die Arbeiter werden auf die Straße geworfen durch die Gewalt der wirthschaftlichen Verhältnisse, die sie bis jetzt nicht im Stande waren zu regeln. Die Nothwendigkeit, diesem chaotischen System durch Vergesellschaftung der Produktion ein Ende zu machen, wird in allen zivilisirten Ländern anerkannt. Die großen Kohlenminen, die großen Eisenwerke und chemischen Fabriken, die Eisenbahnen haben auch bereits einen Entwicklungsgrad erreicht, bei dem

ihrer Vergesellschaftung keine wirthschaftlichen Schwierigkeiten mehr im Wege stehen.

Der Kongreß fordert deshalb die Arbeiter der Welt auf, unverzüglich bestimmte Maßregeln zur Vergesellschaftung, Nationalisirung und Kommunalisirung der Produktion in ihren respektiven Ländern anzubahnen und einander über die gethanen Schritte zu informiren, um ein möglichst gleichmäßiges, internationales Vorgehen herbeizuführen.

II.

Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist unerläßlich, um der wirthschaftlichen Uebermacht des Kapitals zu trotzen und so die Lage der Arbeiter in der Gegenwart zu verbessern. Ohne Gewerkschaften keine auskömmlichen Löhne und keine verkürzte Arbeitszeit. Durch diesen Kampf wird aber die Ausbeutung nur gelindert, nicht beseitigt. Die Ausbeutung der Arbeiter kann nur ein Ende nehmen, wenn die Gesellschaft selbst Besitz ergriffen hat von den Produktionsmitteln, einschließlich des Grund und Bodens und der Verkehrsmittel. Das hat zur unerläßlichen Voraussetzung ein System gesetzgeberischer Maßnahmen. Um diese vollkommen durchzuführen, muß die Arbeiterklasse die ausschlaggebende politische Macht sein. Sie wird aber zur politischen Macht nur in dem Maße, wie sie organisirt ist. Die Gewerkschaften machen die Arbeiterklasse schon deshalb zur politischen Macht, weil sie die Arbeiter organisiren.

Die Organisation der Arbeiterklasse ist unvollständig und unzureichend, wenn sie nur politisch ist. Aber der gewerkschaftliche Kampf erfordert auch die politische Bethätigung der Arbeiterklasse. Was die Arbeiter im freien Kampf gegen die Ausbeuter erringen, müssen sie oft erst als politische Macht gesetzgeberisch festlegen, um es zu sichern. In anderen Fällen macht die gesetzgeberische Errungenschaft den gewerkschaftlichen Konflikt überflüssig. Ein internationales Zusammenwirken der Arbeiterklasse inbezug auf den gewerkschaftlichen Kampf, wie besonders auch inbezug auf die Arbeiterschutz-Gesetzgebung, wird desto mehr zur Nothwendigkeit, je mehr der wirthschaftliche Zusammenhang des kapitalistischen Weltmarktes und damit zugleich die Konflikte der nationalen Industrien sich entwickeln.

Für die nächste Zeit ist ein internationales Vorgehen des Proletariats nach folgenden Richtungen nothwendig:

1. Abschaffung der Zölle, Verbrauchssteuern und Ausfuhrprämien;

2. Durchführung einer internationalen Arbeiterschutzgesetzgebung. Indem der Kongreß in letzter Beziehung die Beschlüsse des Pariser Kongresses*) wiederholt, empfiehlt er, die nächste Agitation hauptsächlich zu konzentriren auf:

a) den gesetzlichen achtstündigen Normalarbeitstag zu erringen;
b) das Schwitzsystem zu beseitigen und für die Arbeiter der Hausindustrie einen wirksamen Arbeiterschutz zu schaffen;
c) ein vollständig freies Vereins- und Versammlungsrecht für beide Geschlechter herbeizuführen.

Um dieses durchzuführen, ist ein Zusammenwirken der gewerkschaftlichen und politischen Bethätigung nothwendig.

---

*) Die Pariser Beschlüsse fordern eine internationale Arbeiterschutzgesetzgebung, in welcher folgende Forderungen zum Gesetz erhoben werden sollen:

1. Der achtstündige Normalarbeitstag;
2. Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren und Beschränkung der Arbeit aller Minderjährigen, von 14 bis 18 Jahren, auf 6 Stunden täglich;
3. Verbot der Nachtarbeit, mit Ausnahme für jene Betriebe, welche ihrer Natur nach ununterbrochenen Betrieb erfordern;
4. Ausschluß der Frauenarbeit in allen den weiblichen Organismus besonders schädigenden Betrieben;
5. Verbot der Nachtarbeit für Frauen und für männliche Arbeiter unter 18 Jahren;
6. Eine mindestens 36 Stunden hintereinander umfassende Ruhezeit pro Woche;
7. Verbot solcher Arbeitsmethoden, welche der Gesundheit der Arbeiter besonders schädigend sind;
8. Aufhebung des Trucksystems;
9. Eine alle Betriebe, einschließlich der Hausindustrie umfassende Inspektion durch staatlich besoldete Inspektoren, welche mindestens zur Hälfte von den Arbeitern selbst zu wählen sind.

Deshalb erklärt der Kongreß, anschließend an die gleichen Beschlüsse des Brüsseler und Züricher Kongresses, die Organisation der Arbeiter in Gewerkschaften für ein dringendes Erforderniß am Emanzipationskampfe der Arbeiterklasse und betrachtet es als Pflicht aller Arbeiter, welche die Befreiung der Arbeit von dem Joch des Kapitalismus anstreben, der für ihren Beruf bestehenden Gewerkschaft anzugehören.

Die gewerkschaftlichen Organisationen sollen, um eine wirksame Aktion zu ermöglichen, sich in Verbänden, die sich auf das ganze Land erstrecken, zusammenthun und ist jede Zersplitterung der Kräfte in Sonderorganisationen zu verwerfen. Die politische Anschauung darf keinen trennenden Grund im wirthschaftlichen Kampfe bilden, es ist aber eine aus dem Wesen des proletarischen Klassenkampfes sich ergebende Pflicht der Arbeiterorganisationen, ihre Mitglieder zu Sozialdemokraten heranzubilden. Es muß als eine Pflicht der Gewerkschaften angesehen werden, die im Beruf beschäftigten Frauen als Mitglieder aufzunehmen und gleichen Lohn für gleiche Arbeitsleistung für Männer und Frauen anzustreben.

Neben dem Kampf für besseren Lohn und Arbeitsbedingungen haben die Gewerkschaften die Ausführung der Arbeiterschutzgesetze zu überwachen, die Beseitigung gesundheitsschädlicher Betriebsformen, des Schwitz- und Trucksystems zu erstreben.

Der Kongreß hält den Streik und Boykott für ein nothwendiges Mittel zur Erreichung der Aufgaben der Gewerkschaften, sieht aber die Möglichkeit für einen internationalen Generalstreik nicht gegeben.

Das nächste Erforderniß ist die gewerkschaftliche Organisirung der Arbeitermassen, weil von dem Umfang der Organisation die Frage der Ausdehnung der Streiks auf ganze Industrien oder Länder abhängt.

Um eine einheitliche internationale gewerkschaftliche Aktion zu ermöglichen, ist in jedem Lande ein gewerkschaftliches Zentralkomité einzusetzen. Diese Komités sollen nach Möglichkeit Statistiken über den Arbeitsmarkt führen und diese sowie die regelmäßigen Berichte gegenseitig austauschen und alle im Lande vorkommenden wichtigen Vorgänge gegenseitig melden.

Besonders wird den Gewerkschaften aller Länder zur Pflicht gemacht, dafür zu sorgen, daß vom Auslande kommende Arbeiter Mitglieder der Landesorganisation werden und daß diese Arbeiter nicht zu geringeren Löhnen arbeiten als die einheimischen.

Bei Streiks, Lockouts und Boykotts sind die Gewerkschaften aller Länder verpflichtet, sich gegenseitig nach Kräften zu unterstützen.

III.

Bezüglich der Feier des ersten Mai schließt sich der Kongreß den früheren Kongreßbeschlüssen an; er erblickt in der Maifeier eine wirksame Demonstration für den Achtstundentag und hält die Arbeitsruhe für die wirksamste Form der Demonstration.

Im Namen der Kommissionsminderheit legt Guérard-Paris (Vertreter der Eisenbahnarbeiter) Protest gegen die Mehrheit ein, daß sie die Frage des Generalstreiks nicht einmal diskutirt habe, wiewohl ihr die französischen Arbeiter die größte Wichtigkeit beilegen. Der Kongreß möge wenigstens beschließen, die Arbeiter sollten überall bis zum nächsten Kongreß die Einzelheiten der Frage studiren, damit der nächste Kongreß in der Lage sei, definitiven Beschluß zu fassen.

Die Debatte wird geschlossen. Zahlreiche Abänderungsanträge liegen vor und gelangen vor der Kommissionsvorlage zur Abstimmung. Zur Annahme gelangen:

Antrag Annie Hicks: Wöchnerinnen sollen 6 Wochen vor und nach der Niederkunft von der Fabrikarbeit ausgeschlossen werden; die Unterhaltungspflicht während dieser Zeit liegt der Gesellschaft ob.

Antrag Pankhurst: Die Arbeitslosen, soweit sie nicht durch Privatvermittelung Beschäftigung finden, sollen von Staat und Gemeinde zu anständigen Löhnen beschäftigt werden.

Organisirte jüdische Arbeiter: Der Kongreß erklärt sich gegen alle Gesetze, welche auf die Beschränkung der Einwanderung abzielen.

Endlich ein Antrag: Frauen sollen als gleichberechtigte Mitglieder zu gleichen Löhnen wie die Männer in den Gewerkschaften anerkannt werden; desgleichen sollen die Lehrlinge Aufnahme finden und die Gewerkschaften für deren soziale und technische Ausbildung Sorge tragen.

In der Schlußabstimmung wird die ganze Resolution mit allen Stimmen gegen die der französischen Minderheit angenommen.

Der nächste Punkt der Tagesordnung ist: **Bericht der Kommission über die verschiedenen Anträge,** insoweit sie durch die übrigen Resolutionen nicht erledigt sind.

Keir Hardie verzichtet auf die Begründung, weil er glaubt, die Vorschläge sprechen für sich selbst.

Der Kongreß nimmt die Kommissions-Vorschläge in folgender Fassung an:

Der Kongreß bestätigt das unbeschränkte Recht der Freiheit des Gewissens, der Rede, der Presse, sowie das Recht der Vereinigung und öffentlichen Manifestation in allen Ländern für alle Arbeiter und alle Sektionen der Bevölkerung, zum Zwecke der Erreichung der politischen, ökonomischen und sozialen Reform.

Der Kongreß verpflichtet die Arbeiter aller Länder, die energischsten Anstrengungen zu machen, um die Amnestie der politischen Gefangenen zu erhalten und drückt seinen Haß gegen das System der Polizei-Bevormundung aus, welches oft in Szene gesetzt wird in der Absicht, diese Bewegung des Proletariats zu unterdrücken, und ruft die Arbeiter auf, ihr möglichstes zu thun, solche Handlung zu verhindern.

Die Beziehungen zwischen dem Arbeiter und dem Unternehmer (Arbeitsnachweis) dürfen nicht den Gegenstand der Spekulation oder des Handels bilden, sondern, als Einrichtung des Gemeininteresses, sollen sie von den Arbeitern selbst und zu ihrem Nutzen organisirt werden.

In weiterer Erwägung, daß die von Privatpersonen betriebenen Arbeitsvermittelungs-Bureaus die Ursachen von groben Mißbräuchen und von schwerer Korruption sind, fordert der Kongreß, daß diese Bureaus aufhören, Gegenstand des freien Wettbewerbes zu sein, und durch öffentliche Bureaus der Kommunalgewalten ersetzt werden, oder in allen Fällen der Kontrolle der Gewerkschaften unterworfen sein sollen.

Damit ist die Tagesordnung des Kongresses erschöpft. Zur Diskussion gelangt der Vorschlag des Bureaus für den nächsten Kongreß:

Das Bureau des Kongresses wird beauftragt, die Einladungen zum nächsten Kongreß zu erlassen und ausschließlich einzuladen:

1. Die Vertreter aller Gruppen, die die Umwandlung der kapitalistischen Eigenthums- und Produktionsordnung in die sozialistische Eigenthums- und Produktionsordnung anstreben und die Theilnahme an der Gesetzgebung und die parlamentarische Thätigkeit als ein nothwendiges Mittel zur Erreichung dieses Zweckes ansehen,

2. Alle gewerkschaftlichen Organisationen, die, wenn sie sich auch als solche nicht am politischen Kampfe betheiligen, doch die Nothwendigkeit politischer und parlamentarischer Thätigkeit anerkennen. Anarchisten sind mithin ausgeschlossen.

Die Prüfung der Mandate soll durch die nationalen Gruppen selbst geschehen, mit Vorbehalt des Rekurses an eine besondere Mandatsprüfungs-Kommission, die aus Vertretern aller nationalen Gruppen besteht.

Die Mandate jener Nationalitäten, die weniger als fünf Delegirte senden, werden von der Mandatsprüfungs-Kommission geprüft, ebenso wie die angefochtenen Mandate.

Der Kongreß beschließt, daß der nächste Kongreß im Jahre 1899 in Deutschland stattfindet. Sollte die Abhaltung des Kongresses unmöglich sein, so wird beschlossen, den Kongreß im Jahre 1900 zu Paris abzuhalten.

Liebknecht begründet die Vorschläge. In der Kommission wurde viel diskutirt über Zeit und Ort. Es lagen Anträge vor, erst in 5 Jahren den nächsten Kongreß abzuhalten, ein anderer ihn 1900, ein anderer ihn 1898 oder 1899 abzuhalten. Als Orte kamen in Betracht: New York, Paris, Deutschland. Gegen Amerika sprachen die Anforderungen an Zeit und finanzielle Opfer. Paris fiel in Wegfall, als Deutschland als Wettbewerber auftrat. Ebenso fiel außer Betracht das Jahr 1898, weil in diesem Jahre in Deutschland, Frankreich und Italien allgemeine Wahlen stattfinden. Die deutsche Delegation bewirbt sich um die Ehre, den nächsten Kongreß in Deutschland abhalten zu dürfen, trotzdem sie heute bei der Unsicherheit der politischen Verhältnisse noch keinen Ort in Vorschlag bringen kann. Das Bureau mußte daher auch mit der Eventualität rechnen, daß in Deutschland im Jahre 1899 die Abhaltung unmöglich gemacht würde, und so schlage das Bureau für diesen Fall vor, den Kongreß im Jahre 1900 in Paris abzuhalten.

Mehr Zeit als die Besprechung über Ort und Zeit verlangte die Verständigung über Zulaßbestimmungen. Wir wollen den nächsten Internationalen Kongreß ohne die unangenehmen Szenen der letzten zwei Kongresse. Wir wollen vereinigt sehen am Kongreß die Vertreter der Sozialistischen Parteien und die Vertreter aller zum politischen und wirthschaftlichen Kampf organisirten Proletarier. Bisher konnten wir nicht erlangen, daß die revolutionäre Sozialdemokratie und die mit ihr auf gleichem Boden stehenden Gewerkschaften ungestört zusammentagen. Als Demokraten hatten wir viele Schwierigkeiten, wenn Unberufene und Uneingeladene sich einfanden; wir konnten nicht die Polizei heranholen, um diese Elemente zu entfernen. So waren wir zu tagelangen, unfruchtbaren Diskussionen genöthigt, die uns aufgezwungen wurden, um den Kongreß zu diskreditiren und uns die Verhandlungen zu verekeln, so daß die Gegner triumphiren konnten: „Seht die Männer, die eine ganze neue Welt schaffen wollen, können nicht einmal auf ihrem Kongresse Ordnung schaffen." Es muß also Wandel geschaffen werden. Wir müssen bei der Einladungsform Vorkehrungen treffen, daß Niemand Zutritt finde, der nicht eingeladen ist, und wir müssen darauf bedacht sein, daß die, welche die Einladung ergehen lassen, auch die Kraft haben, von vornherein den Einladungsbedingungen Respekt zu verschaffen. Das Bureau, in dem alle hier vorhandenen Richtungen und Strömungen vertreten waren, ist über diese Vorschläge zur vollen Einmüthigkeit gelangt und hat, um jede Unklarheit von vornherein zu beseitigen, offen ausgesprochen: Anarchisten haben keinen Zutritt!

Die anarchistische französische Minderheit begleitet die Uebersetzung natürlich mit den Aeußerungen des größten Mißfalls.

Für die Sozialdemokratische Federation bringt Irving den Antrag ein, die Zulassungsbedingungen in folgender Fassung anzunehmen:

1. Ein Mandat für den nächsten Internationalen Kongreß soll nur an Delegirte von bona fide sozialdemokratischen Organisationen und nur denjenigen Trade Unions zuerkannt werden, die es sich zum Ziel machen, die Produktions-, Verkehrs- und Austauschmittel zu sozialisiren und dieselben unter die Kontrolle der Demokratie im Interesse des gesammten Volkes zu stellen, die dieses Ziel durch parlamentarische und andere politische Mittel zu erlangen suchen, und zwar durch die Etablirung einer von allen anderen politischen Parteien vollständig unabhängigen parlamentarischen und politischen Partei, und die unter den gegenwärtigen Verhältnissen willens sind, die Entscheidung der Majorität zu akzeptiren und derselben Folge zu leisten.

2. Der nächste Kongreß soll im Jahre 1898 in Antwerpen abgehalten werden.

Der Antrag besage deutlich, daß alle diejenigen Gewerkschaften zurückgewiesen werden sollen, welche bei den Wahlen Tories oder Liberale unterstützen.

Stevenson (Tradesunionist) schließt sich dem Vorschlage des Bureaus an, protestirt aber gegen die verletzende Form des Redners, der den intoleranten Antrag der Sozialistischen Federation begründet hat.

Die Rednerliste wird geschlossen, 12 Redner sind noch vorgemerkt. Die Abstimmung über das Amendement der englischen Federation wird mit den Stimmen aller Nationen gegen die Stimmen der anarchistischen französischen Gewerkschaftler verworfen. England stimmte mit 129 gegen 109 Stimmen dagegen.

In der Gesammtabstimmung wird der Vorschlag des Bureaus über Kongreßort, Zeit und Zulassungsbedingungen mit allen Stimmen gegen diejenigen der französischen anarchistischen Gewerkschafts-Delegirten angenommen.

Dem Kongreß liegen zwei Resolutionen vor und finden Annahme: Sympathie-Erklärung für diejenigen, die vor 33 Jahren unter dem Ruf: „Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!" den ersten internationalen Kongreß organisirten; eine zweite: den um ihre Freiheit kämpfenden Völkern im Orient die Sympathie des Kongresses auszudrücken.

Sigg, als Vorsitzender der heutigen Sitzung, verabschiedet den Kongreß: Wir sind am Schlusse unserer Arbeiten angelangt; ich habe nur noch die Aufgabe, dem Organisationskomité und den englischen Arbeitern den Dank des Kongresses auszusprechen, die in so opferfreudiger Weise sich um diese Assisen der Arbeit verdient gemacht haben. Unsere Beschlüsse sind getragen vom Geiste der Sozialdemokratie; um sie zum Heile der Arbeiterschaft zu gestalten, müssen wir sie durchführen. Nicht blos Hörer und Prediger der Wahrheit sind wir, wir müssen auch deren Vollbringer sein.

Mit begeistert aufgenommenem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie schließt er den Kongreß.

Die Orgel fällt mit mächtigen Akkorden ein, die englischen Delegirten stimmen das Bundeslied an, formiren sich im Halbkreis und reichen sich die Hände, während die herrliche Melodie den wundervoll akustischen Saal durchbraust. Darauf stimmen die deutschen Delegirten die Marseillaise an, begleitet von dem Orgelklang, und nach ihnen singen die Franzosen die revolutionäre Carmagnole. Brausender Jubel durchrauscht die Halle.

Auf Abends 6 Uhr sind die Delegirten von der Londoner Arbeiterschaft zu einem Festessen im Krystallpalast zu Sydenham eingeladen.

Deutschland war durch folgende Delegirte vertreten: Bebel, Liebknecht und Singer für Parteileitung und Fraktion; Frl. Baader, Borgmann, Erbe und Fischer für Berlin; Grillenberger (rechtsrheinisches Bayern); Kerrl (Bremen) und Junge-Bremen (Zigarrenarbeiter), Scheps (Breslau und Provinz Schlesien), Vetters (Wahlkreis Frankfurt a. M), Schulze-Cossebaude (neun erste ostsächsische Wahlkreise), Schumann-Bielefeld (Minden, Münster-Lippe-Detmold), Wurm (Reuß und 10. Hannover), Schoenlank (Leipzig Stadt und Land), Ihrer (deutsche Frauen und Wahlkreis Osthavelland), Zetkin (deutsche Frauen und Schneider und Schneiderinnen), Joos-Gotha (Schwarzburg-Sondershausen), Thomas-Rixdorf (Deutsche Steinarbeiter), Kloß (Holzarbeiter), Tauscher (Württemberg. Sozialdemokratie), Legien (Schleswig-Holstein), Meist (Rheinland), Klees (Halle und Magdeburg), Bock (Schuhmacher und Gotha), Störmer-Hamburg (Seemann-Verein), Jahn-Charlottenburg (Porzellanarbeiter), Dreesbach (Baden), Grünberg-Hartha (10. sächsische), Hug-Bant (Oldenburg), Ulrich-Offenbach (Hessen), Metzschke-Altenburg (Hutarbeiter), Stühmer-Hamburg (Schneider), Molkenbuhr (Hamburger Wahlvereine), Iserloh-Lüdenscheid (Westliches Westfalen), Segitz (Metallarbeiter), Näther (Berliner Metallarbeiter), Wiehle (Brauer), Diederich (Bremen), also 40 Delegirte aus Deutschland. Dazu kommen noch: M. Beer und E. Bernstein-London (für die Kottbuser Textilarbeiter), ferner für die deutschen Sozialisten- und Arbeiter-Vereine in der Schweiz: Schmitt-Bern und Eichmüller-Zürich; für den [illegible]schen Leseklub Paris: Schenk; für den Kommunistischen Arbeiter-Bildungs-Verein London u[illegible]ternationalen Sozialistischen Klub: Motteler- und Leßner-London und endlich Proboß-London für den Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher. Die Zahl der vertretenen Organisationen übertrifft bei weitem die Zahl der 48 Delegirten.

Druck von Max Bading, Berlin SW.

